

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1950

1 (4.1.1950)

1933 Nr. 3 P. 22/34



Auf diesem Bild ist eine neue Art Zentralverstellung für Personenkraftwagen zu sehen. Die neue Bauart-Aufhängung „Golfstrom“ mit Rückfederung vor allen Rädern am Patentverfahren, die wird gepumpt durch den bei Wasserablassen Maschinen vom Motor in dem Kabinen-Rückwärtsstrom, dessen Wärmekreislauf erst nach dem Abstellen abgeleitet wird. Diese Zentralverstellung ist eine unabhängige von der im Winter meist überflüssigen Federkraft und arbeitet völlig geräuschlos und geruchlos. Der Preis beträgt für eine Anlage, wie sie auf dem Bild zu sehen ist, nämlich vier Reichsmark. (DM 12.-). (Hersteller: Süddeutsche Kabinenfabrik Julius Fr. Behr, Stuttgart-Fuesenfeld.)

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE EUROPÄISCHE WOCHENSCHRIFT

Nr. 1 — 5. Jahrgang Karlsruhe, 4. Januar 1930 Aug. D. Preis 50 D-Pfennige

Benzinverteilung — ein schlechter Start

Sondersteuern müssen zweckgebunden sein - Steuerdruck gefährdet Aufwärtsentwicklung
Gutes Silvestergeschäft - Börsenkurse steigen - Produktion wächst weiter - D-Mark fest

Regieren und Verwalten

Es wird viel regiert in der Deutschen Bundesrepublik und ihren Ländern. Trotz der Beschränkung der Souveränität durch die Besatzungsalliierten oder wird nur von zu vielen regiert? Gleiches nicht auf dem Einfluß des politischen Schwerepunktes „regieren“ zu müssen, was nachher durch die faktische „Verwaltung“ am Ende wieder auf einmal alles an verdrängten „Regierungskomplexen“ abgetrennt werden, was sich in der Zeit der ausbleibenden Herrschaft der Militärgierungen aufweist hat? Und trotzdem, wo bleiben die politischen Ergebnisse der Regierungstätigkeit, von Verträgen, Entschuldigungen, Artikeln und Erklärungen abgesehen, auf die das deutsche Volk befragt war?

Solche Fragen stellt sich der Steuerzahler mit gutem Grund. Er weiß zwar, daß Demokratie und Parlamentarismus Zeit für ihre Arbeit brauchen. Er weiß aber auch, daß sie viel Geld kosten. Das hat er schon in der Zeit der Weimarer Republik erfahren, und er sieht, daß es in anderen, moderneren demokratischen Staaten mehr oder weniger ebenso ist. Wo schwacher Trost ist es für ihn, daß in der Diktatur der Nationalsozialisten noch viel mehr Geld ausgegeben wurde. Demals schuf man sich auf rassistischer Art „nationalistische“ Gelder. Heute ist das — gelte es nicht mehr — nationalistic Diktator, wie auch die Reichsregierung, die dem deutschen Volk die Besatzungsalliierten die Besatzungsalliierten Vorkommen. Die Besatzungsalliierten sind die Besatzungsalliierten, die noch nicht wieder getrennt haben, daß für jede von ihnen beschlossene Ausgabe, oder durch ihre Beschlüsse verminderte Einnahme, Deckung geschaffen werden muß, mit dem Unterschied, daß er einseitig, während das bisherige Gesetz, die Besatzungsalliierten in den letzten Monaten aufgegebenen Anleihen, bei denen es sich nicht einmal um echte Staatsanleihen handelte, haben gezeigt, daß die im Lande nur in sehr beschränkter Umfang zu erwarten ist. Wer nicht hat, kann auch nichts geben. Und wenn sich der Aufwand beständig erhöht, einmal bewilligen sollte, so wird es zu allseitigen Fragen, woher das Geld verwendet werden soll. Auslandsanleihen können ebenso wenig, wie die aus dem Marktschulden zur Verfügung stehenden Gelder, für laufende Ausgaben eingesetzt werden. Sie können nur für erhebliche Investitionen in Frage. Und man verlangt immer wieder mit gutem Grund von uns, daß wir uns zunächst einmal selbst einrichten und selbst helfen müssen, bevor wir andere um Hilfe bitten. So ist es verständlich, daß die verfügbaren Mittel in erster Linie zu den wichtigsten, wo es um Grundbesitz und die Pflanzindustrie, die der mehr zentralen für den Nationalsozialismus, der Wirtschaft zu verbleiben sind. Denn nur auf diesem Wege schafft man die Arbeitsplätze und Arbeitskräfte für die Pflanzindustrie und die Handwerker aus der Kriegswirtschaft.

Man muß also die gewaltigen, sozialen Finanzprobleme in Rechnung zu stellen, die es für ein bestimmtes, vernünftiges Volk eine Selbstverständlichkeit sein sollte, den gesamten Staat und Verwaltungsapparat des Bundes und der Länder, einschließlich der Parlamente, zu beschneiden und sparsam als möglich aufzubauen, jede verstandene Doppelarbeit auszuscheiden und personal und sachlich mit den geringsten Mitteln auszukommen.

In dieser Nummer

- Die Knapp — Kapital noch knapper
- Ergebnisse auf dem deutschen Agrarmarkt
- Die Zigaretten
- Deutsche Lebensversicherung erstarkt
- Geht als Handelspartner
- Geheimnisse Energieprojekte
- Bedarf verdoppelt Stahlproduktionskapazität
- Kautschuk Aufwachen — Dörbrot
- Klein

Der Jahreswechsel ist häufig mit viel mehrerem Regen begünstigt und beschränkt werden. Die Silvesterfälle waren ebenso überflüssig wie die meisten großen Lokale. Allgemein erfährt man, daß selbst die Wirtse und Veranstalter nicht mit einem so großem Umsatz gerechnet haben. Und wenn auch Fastnacht vorbereitet, 80 Bälle und 150 Veranstaltungen sind allein in München vorgesehen. In Köln ist man nicht weniger müde. So scheint es, was den Konsum betrifft, weiter aufwärts zu gehen.

Börse sehr fest
Die Börse ließ sich nicht lumpen und brachte in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr neue starke Kursaufhebungen. Drei bekannte Paare trugen in den Kreis der Part-Verkäufe, den wir bereits in der vorigen Ausgabe besprochen hatten. Auch Baumwollmärkte kamen am 28. 12. auf 106, Eisen, Braunkohle auf 184 und Braun-Eisenerz auf 195. Bei dem letztgenannten Papier war der Sprung enorm; es stieg nämlich am 18. 12. auf 22, am 23. 12. bereits 90, was dann zwei Tage gestiegen und kam dann am Tag vor Silvester auf 160 zur Notierung. Bei Rhein-Eisen war es ähnlich und der gesamte Kurs von 104 wurde bei starkem Populäritätsvertrieb. Conti-Gummi konnte um weitere 65 Punkte auf 157½ steigen. In der Nähe des Part-Verkaufs gelang es Hannover Wertwaren Deeres mit 77, Hachtel mit 94. In Hamburg Harburg Gummi mit 94. Auch die Montanwerte wurden von dieser Aufwärtsbewegung erfüllt und erreichten gegenwärtig Kurse, die weit von den Punkten unter dem Niveau der letzten Kurse gegen Ende November, die damals als übertrieben galten. So ist Hochtief schon wieder bei 38-40 zugegangen, gegenüber dem Rekordkurs von 67, etwa die gleichen Zahlen zeigen sich für Mannesmann, die Gute-Hoffnung-Hütte hat schon wieder einen Kurs von 73 erreicht. Hüttenwerke W. H. Der Trend zeigt sich also wieder nach oben.

Ein Rückblick auf das Weltwirtschaftsgeschehen zeigt eine ähnliche Bemerkung wie bei den Silvesterfällen. Im allgemeinen ist man zufrieden. Trotzdem lassen sich sehr verschiedene Erfahrungen nicht ganz unberücksichtigt. Nicht nur drückt sich der Umstand aus, sondern, sondern auch in den Erfahrungen. Nicht nur drückt sich der Umstand aus, sondern, sondern auch in den Erfahrungen. Nicht nur drückt sich der Umstand aus, sondern, sondern auch in den Erfahrungen.

Ski-Scheue für die Straße
Nach einer Feststellung bedarf einer höheren Besetzung. Fest gestellt im Weltwirtschaftsgeschehen wurde die Erfahrung gemacht, daß immer und zum Teil durch die Mode verlorene Waren gekauft wurden. Am Beispiel der Schuhe wollen wir darauf näher eingehen. Es kann dem Käufer nicht darauf an derbe, haltbare und wasserdichte Schuhe zu kaufen, sondern es mußten „Stiefel“ sein, selbst wenn man weder Ski hat, noch die Absicht hat, diese Schuhe nur zum Schützen zu verwenden. Es mußten unbedeutend Kneppchen sein, auch wenn sie viel teurer waren. Gerade bei den letzten Monaten, in der Schuh ein Modestück geworden, wie wir es eigentlich nur noch aus der Zeit der Schöner-Fußuhe her kennen. In der Schuh wird die sportliche Bewegung geübt, auch wenn man nur zum Besuche geht, wenn man die Arbeit zu gehen. An solcher Entwicklung Kritik zu üben, wäre nicht. Die Eltern können aufpassen und werden im Jugendalter aufpassen und werden im Jugendalter aufpassen und werden im Jugendalter aufpassen.

Der kritische Punkt erreicht
Es darf nicht übersehen werden, daß die Lage unserer Konjunktur in einem kritischen Punkt gekommen ist. Werden die Steuern nicht gesenkt, liegt jetzt bereits unmittelbar die Gefahr vor, daß die Konjunkturpflanze freigeht. Die Monate Januar bis März sind jedoch sehr gefährlich, daß im Januar der 13. auf einen Freitag fällt, was nur für die Börse von Interesse sein, und die Bundesregierung muß wissen, daß sie mit dem Feuer spielt, wenn sie diese kritischen Monate nicht zu Maßnahmen besetzt, die Gefahr abzuwenden. Die Beiträge, die jetzt aus dem Gegenwert freigegeben werden können, die Lage etwas vermindern, weil sie vielleicht eine beherrschende Funktion in sich tragen — aber um so stärker könnte der Rückgang sein, wenn man diese zusätzliche Konjunktur nicht von der Verengung der Steuern her unterwärt. Die Hoffnung, daß die Regierungen sich in ihren Ausgaben einschränken haben in Deutschland längst begraben. Davon spricht auch niemand mehr.

Eier billiger
Wir sagten schon oben, daß die Preise ständige Tendenz zeigen. An der Spitze marschieren die Eier. Nach einige Tage vor Weihnachten waren die Eier um vier Wochen gegenüber den letzten Jahren, weniger als Körn, Bohnen, Kaffeebohnen und nach etwas weiter stieg gedrungen und wurden mit 24 bis 28 Pf. je Stück verkauft. Nach Weihnachten sind diese Preise in Höhe deutscher Eier sehr stark gestiegen. Es war auch höchste Zeit. Die Liberalisierung des Außenhandels trägt schließlich dazu viel bei. Das wird sich auf ständigen Gebieten sehr bald zeigen. Bei den Automobilen sind wir dagegen der Meinung, daß die Konkurrenz des Auslandes nicht so stark spürbar wird. Zum Auto gehört nun einmal der Service und dieser ist nur teilweise aufzuheben, wenn eine große Produktion vor, ein großer Import dahinter steht. Das hat also noch lange Wege.

Abrückende Preise
Gehen wir nun zu den an dieser Stelle wichtigen Zusammenstellungen der wertschöpfenden Güter der letzten Zeit über. Der freie Markt Güter nach Weihnachten stiegen ab und die Unstimmigkeiten waren stark zurück. Nur aus Düsseldorf wurde eine gewisse Befreiung gemeldet, wo insbesondere Butter stark stieg auf 7.30 DM. Somit bröckelten die Preise überall ab. Amerikanische Zigaretten gingen in München bis auf 2.- DM das Paket und 19.- DM die Stange zurück.

Starke Produktionssteigerung
Die Auftragslage der Eisen- und Metallindustrie ist für die Wintermonate durch die Beibehaltung des Exportes und des Inlandsbestandes sichergestellt. Auch die Abschüsse mit der Ostsee weisen auf eine verstärkte Lieferung in diese Gebiete hin. Die in diesen Tagen aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands stammenden Berichte über die Entwicklung im November sind, was die Produktion betrifft, wieder sehr günstig. Insgesamt hat die industrielle Produktion Westdeutschlands im November mit 90 Proz. des Standes von 1929 einen neuen Höchststand nach dem Krieg erreicht. Damit liegt sie um 3 Indexpunkte höher als im Oktober und um 11 Indexpunkte höher als im September. Diese Entwicklung wurde trotz Ironieerwartungen erreicht. Im November übertraf die Zahl der in der wertschöpfenden Industrie Beschäftigten zum erstenmal die Zahl von 1929 um 2.4 Prozent (die war von Oktober auf November um 1.7 Proz. gestiegen). Der Produktionswert erhöhte sich von 148 auf 147 Mrd. DM. Auch die hunderttausend Industrie produzierte im November erheblich mehr Güter als im

dem jetzt angelaufenen Jahr die Löhne weiter einen Trend nach oben haben werden. Daß die Sparpläne, obwohl etwas gestiegen, gegenüber diesen Feststellungen im Konsum viel zu gering und im Verhältnis zum Kapitalbedarf sicherlich niedrig sind, ist ebenfalls eine betrübliche Feststellung.

Kostenerhöhungen nur durch die Regierung
Nicht betrüblicher ist die Tatsache, daß von seiten der Regierung alles getan wird, um die Kosten zu erhöhen. Am aktuellsten ist die Benzinpreiserhöhung. Sie ist, um es deutlich zu sagen, unverantwortlich. Es gibt keine zureichende Begründung dafür. Die Preise der beteiligten Wirtschaftskreise haben nicht genügt. Eine langsame aber sicher immer autoritärer regierende Handlung zeigt sich daran. In Zusammenhang mit Silvesterfeier eine Demonstration von 75 Lastkraftwagen und Omnibussen vor sich. In Hamburg erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Nahverkehr auf einer Protestkundgebung, daß die Stilllegung des gesamten Straßenverkehrs im Bundesgebiet für 3 bis 4 Tage die Folge wäre, wenn die Bundesregierung die unzureichende Erhöhung der Treibstoffpreise nicht rückgängig mache. Die SPD-Fraktion, Abgeordnete der demokratischen Partei und die Gewerkschaft „Öffentliche Dienste Transport und Verkehr“ sind ebenfalls mit entsprechenden Protestmaßnahmen vor den Plan getreten. Jedoch, was hätte dies alles? Man soll das gleiche Volk unterstützen, das man in den letzten Jahren so sehr zu schätzen gelernt hat. Die Bundesregierung regiert autoritär demokratisch. Man braucht viel Geld. Wenn man so durch Bonn und Godesberg läuft, dann weiß man, daß sehr viel Geld gebraucht wird. Die Bundesregierung kann nicht einmal mehr den Aufwand machen, man brauche die Mehrerlöse aus der Benzinpreiserhöhung zum Straßenbau. Denn 1. kommen zum neuen Betrachter durch die Benzinpreiserhöhung mehr Gelder ein als überhaupt irgendwo zum Straßenbau verwendet werden, und 2. sind die Einnahmen aus dem Treibstoff gar nicht zu geschweigen. Das ist aber die trübselige Erfahrung die heute gemacht werden muß. Jeder kann umsetzen darf die Kraftfahrzeuge mehr an Steuern oder anderen Lasten tragen, sie für den Straßenbau verwendet wird, wobei wir uns noch bescheiden die Bemerkung erlauben, daß, wenn nur die Kraftfahrzeuge die Straße benutzt. Die Benzinpreiserhöhung muß also auf alle Fälle rückgängig gemacht werden und wir begreifen in diesem Falle auch den Sinn, um die Herren in Bonn zur Besinnung zu bringen.

Der kritische Punkt erreicht
Es darf nicht übersehen werden, daß die Lage unserer Konjunktur in einem kritischen Punkt gekommen ist. Werden die Steuern nicht gesenkt, liegt jetzt bereits unmittelbar die Gefahr vor, daß die Konjunkturpflanze freigeht. Die Monate Januar bis März sind jedoch sehr gefährlich, daß im Januar der 13. auf einen Freitag fällt, was nur für die Börse von Interesse sein, und die Bundesregierung muß wissen, daß sie mit dem Feuer spielt, wenn sie diese kritischen Monate nicht zu Maßnahmen besetzt, die Gefahr abzuwenden. Die Beiträge, die jetzt aus dem Gegenwert freigegeben werden können, die Lage etwas vermindern, weil sie vielleicht eine beherrschende Funktion in sich tragen — aber um so stärker könnte der Rückgang sein, wenn man diese zusätzliche Konjunktur nicht von der Verengung der Steuern her unterwärt. Die Hoffnung, daß die Regierungen sich in ihren Ausgaben einschränken haben in Deutschland längst begraben. Davon spricht auch niemand mehr.

Eier billiger
Wir sagten schon oben, daß die Preise ständige Tendenz zeigen. An der Spitze marschieren die Eier. Nach einige Tage vor Weihnachten waren die Eier um vier Wochen gegenüber den letzten Jahren, weniger als Körn, Bohnen, Kaffeebohnen und nach etwas weiter stieg gedrungen und wurden mit 24 bis 28 Pf. je Stück verkauft. Nach Weihnachten sind diese Preise in Höhe deutscher Eier sehr stark gestiegen. Es war auch höchste Zeit. Die Liberalisierung des Außenhandels trägt schließlich dazu viel bei. Das wird sich auf ständigen Gebieten sehr bald zeigen. Bei den Automobilen sind wir dagegen der Meinung, daß die Konkurrenz des Auslandes nicht so stark spürbar wird. Zum Auto gehört nun einmal der Service und dieser ist nur teilweise aufzuheben, wenn eine große Produktion vor, ein großer Import dahinter steht. Das hat also noch lange Wege.

Abrückende Preise
Gehen wir nun zu den an dieser Stelle wichtigen Zusammenstellungen der wertschöpfenden Güter der letzten Zeit über. Der freie Markt Güter nach Weihnachten stiegen ab und die Unstimmigkeiten waren stark zurück. Nur aus Düsseldorf wurde eine gewisse Befreiung gemeldet, wo insbesondere Butter stark stieg auf 7.30 DM. Somit bröckelten die Preise überall ab. Amerikanische Zigaretten gingen in München bis auf 2.- DM das Paket und 19.- DM die Stange zurück.

Starke Produktionssteigerung
Die Auftragslage der Eisen- und Metallindustrie ist für die Wintermonate durch die Beibehaltung des Exportes und des Inlandsbestandes sichergestellt. Auch die Abschüsse mit der Ostsee weisen auf eine verstärkte Lieferung in diese Gebiete hin. Die in diesen Tagen aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands stammenden Berichte über die Entwicklung im November sind, was die Produktion betrifft, wieder sehr günstig. Insgesamt hat die industrielle Produktion Westdeutschlands im November mit 90 Proz. des Standes von 1929 einen neuen Höchststand nach dem Krieg erreicht. Damit liegt sie um 3 Indexpunkte höher als im Oktober und um 11 Indexpunkte höher als im September. Diese Entwicklung wurde trotz Ironieerwartungen erreicht. Im November übertraf die Zahl der in der wertschöpfenden Industrie Beschäftigten zum erstenmal die Zahl von 1929 um 2.4 Prozent (die war von Oktober auf November um 1.7 Proz. gestiegen). Der Produktionswert erhöhte sich von 148 auf 147 Mrd. DM. Auch die hunderttausend Industrie produzierte im November erheblich mehr Güter als im

dem jetzt angelaufenen Jahr die Löhne weiter einen Trend nach oben haben werden. Daß die Sparpläne, obwohl etwas gestiegen, gegenüber diesen Feststellungen im Konsum viel zu gering und im Verhältnis zum Kapitalbedarf sicherlich niedrig sind, ist ebenfalls eine betrübliche Feststellung.

Kostenerhöhungen nur durch die Regierung
Nicht betrüblicher ist die Tatsache, daß von seiten der Regierung alles getan wird, um die Kosten zu erhöhen. Am aktuellsten ist die Benzinpreiserhöhung. Sie ist, um es deutlich zu sagen, unverantwortlich. Es gibt keine zureichende Begründung dafür. Die Preise der beteiligten Wirtschaftskreise haben nicht genügt. Eine langsame aber sicher immer autoritärer regierende Handlung zeigt sich daran. In Zusammenhang mit Silvesterfeier eine Demonstration von 75 Lastkraftwagen und Omnibussen vor sich. In Hamburg erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Nahverkehr auf einer Protestkundgebung, daß die Stilllegung des gesamten Straßenverkehrs im Bundesgebiet für 3 bis 4 Tage die Folge wäre, wenn die Bundesregierung die unzureichende Erhöhung der Treibstoffpreise nicht rückgängig mache. Die SPD-Fraktion, Abgeordnete der demokratischen Partei und die Gewerkschaft „Öffentliche Dienste Transport und Verkehr“ sind ebenfalls mit entsprechenden Protestmaßnahmen vor den Plan getreten. Jedoch, was hätte dies alles? Man soll das gleiche Volk unterstützen, das man in den letzten Jahren so sehr zu schätzen gelernt hat. Die Bundesregierung regiert autoritär demokratisch. Man braucht viel Geld. Wenn man so durch Bonn und Godesberg läuft, dann weiß man, daß sehr viel Geld gebraucht wird. Die Bundesregierung kann nicht einmal mehr den Aufwand machen, man brauche die Mehrerlöse aus der Benzinpreiserhöhung zum Straßenbau. Denn 1. kommen zum neuen Betrachter durch die Benzinpreiserhöhung mehr Gelder ein als überhaupt irgendwo zum Straßenbau verwendet werden, und 2. sind die Einnahmen aus dem Treibstoff gar nicht zu geschweigen. Das ist aber die trübselige Erfahrung die heute gemacht werden muß. Jeder kann umsetzen darf die Kraftfahrzeuge mehr an Steuern oder anderen Lasten tragen, sie für den Straßenbau verwendet wird, wobei wir uns noch bescheiden die Bemerkung erlauben, daß, wenn nur die Kraftfahrzeuge die Straße benutzt. Die Benzinpreiserhöhung muß also auf alle Fälle rückgängig gemacht werden und wir begreifen in diesem Falle auch den Sinn, um die Herren in Bonn zur Besinnung zu bringen.

Der kritische Punkt erreicht
Es darf nicht übersehen werden, daß die Lage unserer Konjunktur in einem kritischen Punkt gekommen ist. Werden die Steuern nicht gesenkt, liegt jetzt bereits unmittelbar die Gefahr vor, daß die Konjunkturpflanze freigeht. Die Monate Januar bis März sind jedoch sehr gefährlich, daß im Januar der 13. auf einen Freitag fällt, was nur für die Börse von Interesse sein, und die Bundesregierung muß wissen, daß sie mit dem Feuer spielt, wenn sie diese kritischen Monate nicht zu Maßnahmen besetzt, die Gefahr abzuwenden. Die Beiträge, die jetzt aus dem Gegenwert freigegeben werden können, die Lage etwas vermindern, weil sie vielleicht eine beherrschende Funktion in sich tragen — aber um so stärker könnte der Rückgang sein, wenn man diese zusätzliche Konjunktur nicht von der Verengung der Steuern her unterwärt. Die Hoffnung, daß die Regierungen sich in ihren Ausgaben einschränken haben in Deutschland längst begraben. Davon spricht auch niemand mehr.

Eier billiger
Wir sagten schon oben, daß die Preise ständige Tendenz zeigen. An der Spitze marschieren die Eier. Nach einige Tage vor Weihnachten waren die Eier um vier Wochen gegenüber den letzten Jahren, weniger als Körn, Bohnen, Kaffeebohnen und nach etwas weiter stieg gedrungen und wurden mit 24 bis 28 Pf. je Stück verkauft. Nach Weihnachten sind diese Preise in Höhe deutscher Eier sehr stark gestiegen. Es war auch höchste Zeit. Die Liberalisierung des Außenhandels trägt schließlich dazu viel bei. Das wird sich auf ständigen Gebieten sehr bald zeigen. Bei den Automobilen sind wir dagegen der Meinung, daß die Konkurrenz des Auslandes nicht so stark spürbar wird. Zum Auto gehört nun einmal der Service und dieser ist nur teilweise aufzuheben, wenn eine große Produktion vor, ein großer Import dahinter steht. Das hat also noch lange Wege.

Abrückende Preise
Gehen wir nun zu den an dieser Stelle wichtigen Zusammenstellungen der wertschöpfenden Güter der letzten Zeit über. Der freie Markt Güter nach Weihnachten stiegen ab und die Unstimmigkeiten waren stark zurück. Nur aus Düsseldorf wurde eine gewisse Befreiung gemeldet, wo insbesondere Butter stark stieg auf 7.30 DM. Somit bröckelten die Preise überall ab. Amerikanische Zigaretten gingen in München bis auf 2.- DM das Paket und 19.- DM die Stange zurück.

Starke Produktionssteigerung
Die Auftragslage der Eisen- und Metallindustrie ist für die Wintermonate durch die Beibehaltung des Exportes und des Inlandsbestandes sichergestellt. Auch die Abschüsse mit der Ostsee weisen auf eine verstärkte Lieferung in diese Gebiete hin. Die in diesen Tagen aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands stammenden Berichte über die Entwicklung im November sind, was die Produktion betrifft, wieder sehr günstig. Insgesamt hat die industrielle Produktion Westdeutschlands im November mit 90 Proz. des Standes von 1929 einen neuen Höchststand nach dem Krieg erreicht. Damit liegt sie um 3 Indexpunkte höher als im Oktober und um 11 Indexpunkte höher als im September. Diese Entwicklung wurde trotz Ironieerwartungen erreicht. Im November übertraf die Zahl der in der wertschöpfenden Industrie Beschäftigten zum erstenmal die Zahl von 1929 um 2.4 Prozent (die war von Oktober auf November um 1.7 Proz. gestiegen). Der Produktionswert erhöhte sich von 148 auf 147 Mrd. DM. Auch die hunderttausend Industrie produzierte im November erheblich mehr Güter als im

dem jetzt angelaufenen Jahr die Löhne weiter einen Trend nach oben haben werden. Daß die Sparpläne, obwohl etwas gestiegen, gegenüber diesen Feststellungen im Konsum viel zu gering und im Verhältnis zum Kapitalbedarf sicherlich niedrig sind, ist ebenfalls eine betrübliche Feststellung.

Kostenerhöhungen nur durch die Regierung
Nicht betrüblicher ist die Tatsache, daß von seiten der Regierung alles getan wird, um die Kosten zu erhöhen. Am aktuellsten ist die Benzinpreiserhöhung. Sie ist, um es deutlich zu sagen, unverantwortlich. Es gibt keine zureichende Begründung dafür. Die Preise der beteiligten Wirtschaftskreise haben nicht genügt. Eine langsame aber sicher immer autoritärer regierende Handlung zeigt sich daran. In Zusammenhang mit Silvesterfeier eine Demonstration von 75 Lastkraftwagen und Omnibussen vor sich. In Hamburg erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Nahverkehr auf einer Protestkundgebung, daß die Stilllegung des gesamten Straßenverkehrs im Bundesgebiet für 3 bis 4 Tage die Folge wäre, wenn die Bundesregierung die unzureichende Erhöhung der Treibstoffpreise nicht rückgängig mache. Die SPD-Fraktion, Abgeordnete der demokratischen Partei und die Gewerkschaft „Öffentliche Dienste Transport und Verkehr“ sind ebenfalls mit entsprechenden Protestmaßnahmen vor den Plan getreten. Jedoch, was hätte dies alles? Man soll das gleiche Volk unterstützen, das man in den letzten Jahren so sehr zu schätzen gelernt hat. Die Bundesregierung regiert autoritär demokratisch. Man braucht viel Geld. Wenn man so durch Bonn und Godesberg läuft, dann weiß man, daß sehr viel Geld gebraucht wird. Die Bundesregierung kann nicht einmal mehr den Aufwand machen, man brauche die Mehrerlöse aus der Benzinpreiserhöhung zum Straßenbau. Denn 1. kommen zum neuen Betrachter durch die Benzinpreiserhöhung mehr Gelder ein als überhaupt irgendwo zum Straßenbau verwendet werden, und 2. sind die Einnahmen aus dem Treibstoff gar nicht zu geschweigen. Das ist aber die trübselige Erfahrung die heute gemacht werden muß. Jeder kann umsetzen darf die Kraftfahrzeuge mehr an Steuern oder anderen Lasten tragen, sie für den Straßenbau verwendet wird, wobei wir uns noch bescheiden die Bemerkung erlauben, daß, wenn nur die Kraftfahrzeuge die Straße benutzt. Die Benzinpreiserhöhung muß also auf alle Fälle rückgängig gemacht werden und wir begreifen in diesem Falle auch den Sinn, um die Herren in Bonn zur Besinnung zu bringen.

Der kritische Punkt erreicht
Es darf nicht übersehen werden, daß die Lage unserer Konjunktur in einem kritischen Punkt gekommen ist. Werden die Steuern nicht gesenkt, liegt jetzt bereits unmittelbar die Gefahr vor, daß die Konjunkturpflanze freigeht. Die Monate Januar bis März sind jedoch sehr gefährlich, daß im Januar der 13. auf einen Freitag fällt, was nur für die Börse von Interesse sein, und die Bundesregierung muß wissen, daß sie mit dem Feuer spielt, wenn sie diese kritischen Monate nicht zu Maßnahmen besetzt, die Gefahr abzuwenden. Die Beiträge, die jetzt aus dem Gegenwert freigegeben werden können, die Lage etwas vermindern, weil sie vielleicht eine beherrschende Funktion in sich tragen — aber um so stärker könnte der Rückgang sein, wenn man diese zusätzliche Konjunktur nicht von der Verengung der Steuern her unterwärt. Die Hoffnung, daß die Regierungen sich in ihren Ausgaben einschränken haben in Deutschland längst begraben. Davon spricht auch niemand mehr.

Eier billiger
Wir sagten schon oben, daß die Preise ständige Tendenz zeigen. An der Spitze marschieren die Eier. Nach einige Tage vor Weihnachten waren die Eier um vier Wochen gegenüber den letzten Jahren, weniger als Körn, Bohnen, Kaffeebohnen und nach etwas weiter stieg gedrungen und wurden mit 24 bis 28 Pf. je Stück verkauft. Nach Weihnachten sind diese Preise in Höhe deutscher Eier sehr stark gestiegen. Es war auch höchste Zeit. Die Liberalisierung des Außenhandels trägt schließlich dazu viel bei. Das wird sich auf ständigen Gebieten sehr bald zeigen. Bei den Automobilen sind wir dagegen der Meinung, daß die Konkurrenz des Auslandes nicht so stark spürbar wird. Zum Auto gehört nun einmal der Service und dieser ist nur teilweise aufzuheben, wenn eine große Produktion vor, ein großer Import dahinter steht. Das hat also noch lange Wege.

Abrückende Preise
Gehen wir nun zu den an dieser Stelle wichtigen Zusammenstellungen der wertschöpfenden Güter der letzten Zeit über. Der freie Markt Güter nach Weihnachten stiegen ab und die Unstimmigkeiten waren stark zurück. Nur aus Düsseldorf wurde eine gewisse Befreiung gemeldet, wo insbesondere Butter stark stieg auf 7.30 DM. Somit bröckelten die Preise überall ab. Amerikanische Zigaretten gingen in München bis auf 2.- DM das Paket und 19.- DM die Stange zurück.

Starke Produktionssteigerung
Die Auftragslage der Eisen- und Metallindustrie ist für die Wintermonate durch die Beibehaltung des Exportes und des Inlandsbestandes sichergestellt. Auch die Abschüsse mit der Ostsee weisen auf eine verstärkte Lieferung in diese Gebiete hin. Die in diesen Tagen aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands stammenden Berichte über die Entwicklung im November sind, was die Produktion betrifft, wieder sehr günstig. Insgesamt hat die industrielle Produktion Westdeutschlands im November mit 90 Proz. des Standes von 1929 einen neuen Höchststand nach dem Krieg erreicht. Damit liegt sie um 3 Indexpunkte höher als im Oktober und um 11 Indexpunkte höher als im September. Diese Entwicklung wurde trotz Ironieerwartungen erreicht. Im November übertraf die Zahl der in der wertschöpfenden Industrie Beschäftigten zum erstenmal die Zahl von 1929 um 2.4 Prozent (die war von Oktober auf November um 1.7 Proz. gestiegen). Der Produktionswert erhöhte sich von 148 auf 147 Mrd. DM. Auch die hunderttausend Industrie produzierte im November erheblich mehr Güter als im

Die erste D-Mark-Dividende
Die Westfälische Ferngas-A.G. Dortmund hat das Grundkapital, das in der RM-Schuldenschein (25. 4. 28) mit 3.740.000 RM ausbezahlt war, auf 3.200.000 DM um festgesetzt. Die Dividende wurde dem Aktionärkapital in 2000 Runden zu nominal 1.000 DM neu emittiert. Für die erste DM-Telldividende am 31. 12. 1929 erfolgt nach Aufforderung der gesetzlichen Rücklage auf 10 v. H. des neuen Grundkapitals die Ausschüttung einer Dividende von 25%. Die Städte Laas und Grottkopf sind an das Ferngasnetz angeschlossen worden. Das Gasnetz hat im zweiten Halbjahr 1929 gegenüber der gleichen Zeit 1928 eine Erhöhung um 23% erfahren. Im ersten Halbjahr 1929 hat sich die Gasverbrauchsmenge der Gasabnehmer um 10% gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Gasabnehmer sind jetzt wieder in Dortmund

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung auf Seite 2

Die Zigarette

Ein Genussmittel, das der Staat liebt — 2 Milliarden D-Mark Steuererlösige im Jahr — Steuerlast zu hoch — Durch die hohen staatlichen Lasten hat sich der Preis verdreifacht — Die 6-Pfennig-Zigarette muß wieder her

Es gibt eine weit verbreitete Auffassung, daß die Genussmittel eigentlich überflüssig sind, sowie der Staat sich in die Lage versetzt hat, neue Güter zu schaffen, die den Menschen als da sind. Wohlstand, wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Ausland u. dgl. sind die Genussmittel die ersten Opfer. Was braucht man Kaffee, Zigaretten und Schokolade, wenn man höhere Ideale hat? Sowie hat die Natur derlei Dinge in ihrem Haushalt für den menschlichen Körper nicht vorgesehen. Sogar sind sie schädlich und ungesund. Hat man le einen Affen, der noch nicht durch die menschliche Dressur belehrt war, auf seinem Urwaldbaum Zigaretten rauchen sehen? Primitiven Völkern leuchtet eine solche Angelegenheit ein, sie erkennen nicht, daß es eine Beweiskraft ex post, von hinten her, ist, mit der man aus der Not eine Tugend macht. Wenn man keine Devisen hat, um Tabak u. Kaffee zu kaufen, dann macht man den Menschen weiß, daß es ohnehin viel besser ist, dieses Gift zu haben.

Hinter hätte uns davon wahrscheinlich schon vor dem Krieg reichlich befreit wären die Genussmittel, vor allem der Tabak, nicht so ein wundervolles Steuerobjekt. Dem Gesichtspunkt seines Finanzministers hätte er sich, obwohl sein Leibamt am liebsten unter dem Motto: Deutschland, das reichste Land der Welt zu einem allgemeinen Kaufverbot zusetzen hätte. Soldaten, die nicht rauchen, können schließlich pro Tag ein paar Kilometer mehr marschieren, vorwärts wie rückwärts. Aber man braucht das Geld. Deshalb steigt der Gesichtspunkt Nr. 2 über dem Gesichtspunkt Nr. 1, bis 1943 mangels Masse doch wieder der Gesichtspunkt Nr. 1 die Oberhand gewinnt. Dabei hätte es ebenfalls mangelte Masse, ungefähr bis zur Währungsreform. Dann kam wieder der Gesichtspunkt Nr. 2, der fakultativ zur Geltung kam. Zwar wurden nicht die Phantasia-Steuerlasten aufrecht erhalten, die in der Inflation verordnet worden waren, doch solche, die auf einen alten kranken Fiskalismus beruhen. Unter diesem Gesichtspunkt waren nun auch die Devisen für die überflüssigen Genussmittel. Wenn man für 80 Dollar ein Kilo Kaffee, für 100 Dollar ein Kilo Zigaretten, für 100 Dollar ein Kilo Tabak nach der Währungsreform ungefähr 80 DM, d. h. 1000 Dollar, an der Börse einbringen kann, dann hat man keine Notwendigkeit, ein Steuerobjekt zu sein. Sogar ein Steuerobjekt zu werden, ist ein Steuerobjekt zu sein. Auch dieser Gesichtspunkt ist in Wirklichkeit primitiv. Er übersieht nämlich vollkommen, daß die Zigarette, ebenso wie jede andere Ware, die der Mensch in den Läden kauft, eine bedeutende soziale und damit eine ökonomische Funktion besitzt. Diese Funktion besteht nicht darin, daß eine Ware objektiv lebensnotwendig ist, sondern sie besteht darin, daß nach der Heftigkeit des Verlangens, das nach ihr besteht, also nach einem subjektiven Maßstab. Hat man das verstanden, dann erkennt man sofort, daß die Zigarette eines der wichtigsten Güter überhaupt ist. Denn keine andere Ware wird, sowie auch nur der Mensch erfüllt ist, mit einer solchen Leidenschaft verlangt, wie die Zigarette. Diese Leidenschaft ist in sich die Grundlage, auf der der Fiskus sich die Zigarette schließen lassen kann. Keine andere Ware würde verlockend sein.

wenn der Staat das Pfand, oder Sachfaktum der Herstellungskosten als Steuer aufschlagte wollte.

Der Mensch, der seine Aufgabe im Wirtschaftswesen erfüllen soll, hat gewisse Vorstellungen davon, was er mit seinem Arbeitsertrag anfangen will. Wohnen und Essen sind dabei weniger Ziele als Voraussetzungen. Dann kommt bei den meisten an erster Stelle das Rauchen. Man kann es ihm nicht nehmen, ohne daß dies auf seine ganze Einstellung zum Arbeitsprozeß abwirft. Diesen Tatbestand kann man sich nirgendwo entziehen. Sogar in der Sowjetunion bekamen die deutschen Kriegsgefangenen Zigaretten, weil man von ihnen Arbeitsleistungen erwartete. In Deutschland sah man vor der Währungsreform den Barzigaretten, ohne die auch nicht der bescheidenen Wirtschaftsbetrieb seiner Jahre hätte aufrecht erhalten werden können, ebenfalls Zigaretten. In einem gewissen Grade die Genussmittel überhaupt, kann nicht bestritten, sie kann gar nicht ersetzt werden, wenn man sie nicht überläßt — wenn man schon nicht überläßt will, ob es nicht unmoralisch ist, ganze Schichten von dem Genieß einer Sache auszuschließen, die sie nun einmal gerne haben möchten.

Diese Grenze scheint in der Konjunkturlage, in der wir uns befinden, nunmehr überschritten zu sein. Zwar ist die Steuerbelastung nicht erhöht worden, sie ist aber durch Preissteigerungen auf anderen Gebieten relativ höher geworden. Die Auffassung, daß der Raucher nun so leichter die teuren Zigaretten kaufen könne, ist irrig. Mit dem Rückgang der Konjunktur waren auch Einkommensrückgänge verbunden. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen und nützt manchen, der noch in Arbeit steht, für jemand mit aufkommen, der arbeitslos geworden ist. Überhaupt ist manches schwerer geworden. Die hohen Zigarettenpreise sind daher drückender als je. Es läßt sich einfach nicht aus der Welt reden, daß der Lohnindex auf 137, der allgemeine Preisindex auf 154 und der Zigarettenindex auf 309 steht. Infolgedessen rückt der Zeitpunkt heran, zu dem sich der Finanzminister eine Herabsetzung der Steuer, die bei Zigaretten heute ungefähr 70% des Kleinverkaufspreises ausmacht, wird überlegen müssen. Die 10-Pfennig-Zigarette ist untragbar. Aus sozialen und aus ökonomischen Gründen.

Wir haben gesagt, daß der extreme fakultative Gesichtspunkt primitiv ist, und wir sind der Meinung, daß er auch nicht rational ist. Bei jeder Steuer gibt es einen Punkt, den zu überschreiten nicht mehr lohnt. Offenbar ist dies bei der letzten Höhe der Besteuerung der Zigaretten überschritten worden. Die meisten Mängel von Schmutzwaren sind der eine Beweis dafür, daß Übergang vieler Raucher zum steuerbelasteten Feinschnitt der andere. Der Rückgang des Konsums gegenüber der Vorkriegszeit, von 600 auf 300 je Kopf und Jahr, der dritte und stärkste Stützpunkt des Konsums auf die Vorkriegshöhe, dann würde mit der 6-Pfennig-Zigarette ein ebenso hoher Steuerertrag sichergestellt, wie heute mit der 10-Pfennig-Zigarette, und außerdem würde der Schmutz aufhören, der bei der Bevölkerung so lange nicht als unmoralisch gilt und deshalb unentbehrlich ist, als die Höhe der Steuer nicht als moralisch angesehen wird. Es ist also offenbar Zeit, etwas zu tun. Man muß freilich einsehen, daß es schwierig ist, in einem Zeitpunkt, in dem gleich einseitig der in den letzten Jahren alles scharf überdrehten Steuerzahlers nützlich wackeln zu werden scheint. Aber was richtig ist, das ist auch richtig in schlechten Zeiten. Und daran sollte man sich halten.



FÜR EINE NUTZLAST VON 1,5-2 TONNEN

Wo ein leichter Lieferwagen nicht ausreicht, ein schwerer Lastkraftwagen unrentabel wäre, ist unser neuer 1,5-2 Tonner-Schnell-Lastwagen das gegebene Fahrzeug. Wirtschaftlich, dank seiner mittleren Größe und des entsprechend sparsamen Benzverbrauches. Sein robuster, millionenfach bewährter Vierzylinder-Motor mit einem Hubvolumen von 3,2 Liter verfügt über eine erhebliche Kraftreserve und zieht im Anhängerbetrieb weitere 2 Tonnen Nutzlast. Auf diese Leistung sind Achsen, Rahmen und Federn abgestimmt. Hier ist ein Schnell-Lastwagen, in seinem Ganzen stabil und unempfindlich, dabei lebendig und voller Kraft — mit seiner bewährten Schneckenrollen-Lenkung mühelos zu fahren, ob im Stadt- oder Fernverkehr. Wer Güter wirtschaftlich befördern will, lasse sich diesen neuen Schnell-Lastwagen von seinem Ford-Händler unverbindlich vorführen.

Personenwagen Lieferwagen



Lastkraftwagen Omnibusse

F O R D

F O R D - W E R K F A K T I E N G E S E L L S C H A F T

Deutsche Lebensversicherung erstarkt

Fast 4 Milliarden DM an neuen Vertragsabschlüssen — Die Bedeutung der Lebensversicherung — Kapitalanleger für langfristige Kredite, insbesondere für den Wohnungsbau

Es wäre eigentlich eine dankenswerte Aufgabe, einmal die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Sozialversicherung wie sie vor allem im Lebensversicherungswesen funktionell Ausdruck finden, einseitig und dem Versicherungswesen andererseits einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Wenn auch die Entwicklung in der Individualversicherung stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur beeinflusst wird, so zeigt doch ein Rückblick auf die heiter ausliegende Zeit, daß andere Faktoren volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Art für den Versicherungsmarkt eine wichtige Rolle spielen. Das liegt wohl vor allem in der in verschiedenen Zeiten verschiedenen hoch bewerteten Deutung des Risikos, in der Lebensversicherung ist durch die Devisenreform der Geldwert infolge der Währungsreform das Bedürfnis nach Versicherungsgarantie, d. h. nach Sicherstellung der Familie für den Fall des Todes, besonders groß. Auf diese Streben nach Deckung des Risikos dürfte es zurückzuführen sein, daß unabhängig von den schon wieder stärker zu verzeichnenden konjunkturellen Schwankungen in der allgemeinen Wirtschaft die Lebensversicherung nach der Währungsreform einen gleichmäßig ansteigenden Neuzuwachs zu verzeichnen gehabt hat. Rund 37 Mill. Versicherungsverträge über 13 Mrd. Versicherungssumme sind insgesamt seit der Währungsreform neu abgeschlossen worden. Davon entfallen allein auf das Jahr 1949 17 Mill. Versicherungsverträge über mehr als 3 Mrd. DM Versicherungssumme auch die

alten Verträge sind zu einem sehr hohen Prozentsatz fortgesetzt worden, wie aus dem Prämienabkommen für das erste Jahr der DM klar hervorgeht. Die in dem Wesentlichen arbeitenden 27 inländischen und 8 ausländischen Versicherungsunternehmen haben in der Zeit vom 1. 1. 48 — 30. 6. 1949 eine Prämienabnahme von rd. 690 Mill. DM zu verzeichnen gehabt. Auf den Kopf der Bevölkerung im Bundesgebiet umgerechnet ergibt sich, daß jeder Haushalt im Bundesgebiet (den Haushalt zu 3,5 Personen gerechnet, macht rd. 11 Mill. Haushalte im Bundesgebiet) jährlich 90 DM an Prämien für eine Lebensversicherung aufwendet. Wenn auch in diesen Zahlen die Finanzministerien, Teilhaber und Erbschaftsteuerversicherungen neben den staatlichen Einzellebens- und Sterbensversicherungen eingeschlossen sind, so zeigt eine solche Durchschnittszahl wohl am besten und eindringlichsten die allgemeine Bedeutung, die der Lebensversicherung heute im Dienste der individuellen Vorsorge zukommt. Diese Entwicklung zeigt aber auch, daß es im Gegensatz zu 1934 bei der Währungsreform 1948 durch die andere durchgeführte Umstellung (nicht die Versicherungssumme, sondern nur das Deckungskapital wurde bekanntlich abwertet) gelungen ist, den Versicherungsschutz weitgehend zu erhalten. Von extrem liegenden Füllen (im Positiven wie im Negativen) abgesehen, kann man sagen, daß durch diese Regelung der gesamten Versicherungswirtschaft die deutsche Lebensversicherung zu

Währungsstabilität geführt hat, nur eine 15-20prozentige Verminderung infolge der Umstellung erfahren hat. Unkosten machen Sorgen. Allerdings fallen die Unkosten, die durch das Alter der Individuen, die Arbeitslosigkeit jedes Einzelvertrages entstehen und für die Unternehmen sehr ins Gewicht und bilden für sie nach einer erheblichen Sorge. Hinzu kommt ferner, daß die sonstigen Unkosten der Versicherungsunternehmen infolge der allgemeinen Preis- und Lohnsteigerungen ebenfalls gewachsen sind, während sich die Prämien praktisch 1 1/2 Jahre nicht geändert haben. Die Unternehmen werden daher im neuen Jahre weiter darauf bedacht sein müssen, Einsparungen zu erzielen. Bei vielen vor allem ausgebauten und flugrechtsschädigen Gesellschaften wird sich die Neu- oder Wiedererrichtung ihrer Zentralverwaltungsabteilungen kostensenkend auswirken, weil erfahrungsgemäß jede unnötige Aktenbewegung die Unkosten steigert. Die großen und für die Bearbeitung von Versicherungsverträgen speziell eingerichteten zentralen Gebäudefunktionen sind in Zukunft die billigeren sein. Die glückliche Entwicklung hinsichtlich des Bestandes und des Neuzuwachses ist zweifellos durch die nach der Währungsreform wieder eingeführte Altersabhängigkeit der Prämien im Rahmen der Sonderausgaben vom steuerpflichtigen Einkommen bedingt worden. Dazu praktisch hat sich durch die erhöhte Steuerertrags die Prämie für den Versicherungsnehmer nicht unerheblich vermindert. Es wäre allerdings zu wünschen, wenn im Zuge der Steuerreform die Prämien für Sonderausgaben aufgehoben und durch eine Prozentbegrenzung ersetzt werden würde. Denn damit hätten auch die Besitzer höherer Einkommen die Möglichkeit, die Sonderausgaben in einer ihrem Vermögen und ihrem Lebensstandard entsprechenden Höhe voll auszunutzen. Ausstellungen. Die Ausstellungen der deutschen Lebensversicherung betragen in den letzten 14 Jahren über 350 Mill. DM, davon entfallen auf das Jahr 1949 allein 201,5 Mill. DM. Nach einer ersten Zusammenstellung der Schadensausgaben bei einer großen Gesellschaft entfielen im Jahre 1949 rd. 80 % der Auszahlungen auf Todesfälle und nur 20 % auf Erlebensfälle sowie 2 % auf Renten. Diese letzte Position vor allem dürfte sich im neuen Jahre beträchtlich erhöhen, weil den Forderungen auf eine geordnete Umstellung der privaten Versicherungsrenten wohl schließlich auch weiterhin die Anerkennung verweigert werden kann, nachdem nunmehr das Landgericht Wiesbaden im Sinne einer Umstellung 11 entschieden hat. Allerdings muß dieses Urteil noch in der Berufungsinstanz bestätigt werden. Neben dieser sozialen Bedeutung für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung kommt der Lebensversicherung auch als Kapitalanleger wieder große Bedeutung zu. So konnten insgesamt in den letzten 14 Jahren dem Wiederaufbau rund 350 Mill. DM in Form von langfristigen Krediten zur Verfügung gestellt werden. Während im Jahre 1942 infolge der unbedingten staatlichen Kapitalbindung nur noch rd. 50 % der Kapitalanlagen auf Hypotheken entfielen, sieht heute vor allem im Hinblick auf die dringenden sozialen Bedürfnisse die Förderung des sozialen Wohnungsbau durch Herabgabe von Hypotheken wieder im Vordergrund. 40 % für den Wohnungsbau. Rund 40 % der anlagefähigen Gelder sind in dem ersten Jahre der D-Mark insgesamt (also einschließlich Wohnungsbesitzer der Gesellschaften) dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt worden. Der Rest verteilt sich auf Industrie- und Handelskredite (30 %), Kommunal- und Staatskredite (15 %), sowie auf die Beteiligung an neuen Wertpapieremissionen (10 %) und anderes. Da z. B. die meist in kommunaler Hand befindlichen Versorgungsbetriebe im Ausbau ihrer Kapazität mit dem Wohnungsbau Schritt halten müssen, und auch die übrigen Industriezweige infolge der engen Wirtschaftsverflechtung direkt oder indirekt am Wohnungsbau beteiligt sind, ist durch eine solche Verteilung ein organischer Wiederaufbau der gesamten Wirtschaft am besten gewährleistet. Außerdem ent-

spricht eine solche Mischung auch am besten dem aus versicherungstechnischen und Sicherheitsgründen zu fordernden Prinzip der Risikoverteilung. Über die 1950 verfügbaren Gelder haben die Unternehmen schon weitgehend disponiert. Indem es bei dem derzeitigen Kapitalmangel nur möglich, den Kreditwünschen in einem bescheidenen Ausmaß zu entsprechen. Eine weitere Förderung des Wohnungsbau durch die Lebensversicherungsunternehmen wäre gegeben, wenn dem Antrag des Lebensverbandes entsprechend die Länder dazu übergehen würden, einen bescheidenen Teil der Ausgleichsleistungen bei den Unternehmen einzufordern, die den Unternehmen würden sich ihrerseits verpflichten, die daraus fließenden Gelder unverzüglich dem Wohnungsbau zu einem bescheidenen Zinssatz zur Verfügung zu stellen, so daß auf diese Art dem Wohnungsbau keine Mittel entzogen werden, andererseits aber die Schäden und damit die Zinslasten des Staates fühlbar gestarkt werden können. Außerdem darf schließlich nicht übersehen werden, daß eine solche Aktion eine zweifelslos nicht unerwünschte Reprivatisierung des Bauwesens — also eines wichtigen Wirtschaftssektors, bedeutet. Bei der wachsenden Überalterung unseres Volkes wird der Lebensversicherung als der wichtigsten Form selbstverantwortlicher Vorsorge auch in Zukunft erhöhte Bedeutung zukommen. Dr. K.

Wir greifen auf:

Liberalisierung des Waren- austausches?

Im Augenblick wird viel von einer „Liberalisierung“ des Güterverkehrs gesprochen. Die GEEC hat in Herbst von den Marshall-Plan-Ländern ein Liberalisierungsplakat angefordert, d. h. Verzeichnisse von Gütern, die die einzelnen Länder ohne besondere Beschränkung einführen dürfen sind. Die GEEC-Verwaltung will damit einen intensiveren Gütertausch der einzelnen Länder herbeiführen und einen volleren Beitrag zum Gelingen des Marshall-Planes leisten. Ob es jedoch gelingt diese Liberalisierung im gewünschten und erforderlichen Ausmaß herbeizuführen, darf nach dem bisherigen Verhalten einzelner Länder bezweifelt werden. Denn verschiedene Partner, darunter z. B. Frankreich und Italien, fordern zwar offiziell diese Liberalisierung, andererseits aber beginnen sie die Zölle hinaufzusetzen und sie schärfen bis ins Detail zu machen. Auch in den USA begannen sich die protektionistischen Kräfte zu regen und gegen die Forderungen des ERP-Administrators Paul Hoffman nach einer großzügigeren amerikanischen Einfuhrpolitik Stellung zu nehmen. Die kleineren und mittleren Industriebetriebe weisen darauf hin, daß das von Hoffman vertretene Einfuhrprogramm ihre Existenz bedrohe, nicht aber die der Massenindustrie der USA. Ähnliche Argumente bedient sich der republikanische Senator Brewster in einem Schreiben an Hoffman, der bekanntlich die europäischen Länder auffordert, 2-3% des amerikanischen Volkseinkommen für die Abnahme europäischer Güter zu gewinnen. Damit wäre das europäische Defizit stark reduziert und der Weg für einen flotten Gütertausch gebahnt.

Leider zeigen aber die bisherigen Erfahrungen, daß die Länder nicht unbedingt geneigt sind, ihre nationalen Interessen den gesamt-europäischen unterzuordnen.

Gänseleber-Autarkie

Die Landwirtschaftsbehörde im Rate der Republik erklärte der französische Landwirtschaftsminister Valay, daß die Landwirtschaftspolitik der Regierung nach wie vor eine Steigerung der Produktion betriebe. Frankreich müsse in der Lage sein, nicht nur seinen Bedarf zu decken, sondern seine landwirtschaftlichen Produkte auch zu exportieren.

Im Zuge dieses Plans dürfte auch die Förderung der landwirtschaftlichen Industrie liegen. So ist in diesem Tage ein eigenes Forschungsamt für die Gänseleber-Produktion in der Lebensmittel-Industrie ins Leben gerufen worden, das u. a. auch die Aufzucht und Mast von Gänsen in Frankreich propagieren wird. Französische Gänseleber-Produkte waren bekanntlich ein in allen Ländern geschätzter Leckerbissen. Der Rohstoff, d. h. die Leber gemästeter Gänse, wurde jedoch überwiegend aus Ungarn bezogen, und zwar rund 300 Tonnen jährlich, also eine immens beträchtliche Menge. Der Rohstoff ist heute, nachdem Ungarn eine Volkdemokratie geworden ist, fast nicht mehr zu haben. Es kann sein, daß die in Ungarn gemästeten Gänseleber nunmehr, da der Lebensstandard der ungarischen Bevölkerung von Tag zu Tag gehoben werden soll, den sonstigen Mittagsessen des Arbeiters wert, jedoch scheint es eher zu stimmen, daß ursprünglich der für die Mast der Gänse erforderliche Mais nicht in genügender Menge vorhanden war. Jetzt, wo sich die Landwirtschaft in Ungarn wieder normalisiert, ist man wahrscheinlich nicht gewillt, den kapitalistischen Ländern den Rohstoff für Pasteten zu liefern, die sich bekanntlich großer Beliebtheit erfreuen. Es ist also kaum vorzuziehen, daß man bei der Ausrichtung des ungarischen Exports nach der UdSSR die fetten Leber der Mastgänse nicht vergessen hat.

Ein Jahr Plan-Milchwirtschaft in England

Die Hintergründe der Milchabwertung am 18. September 1949 sind unsern Lesern klar, und doch scheint es wichtig, dies und die inzwischen eingetretene Entwicklung nebeneinander zu stellen.

Die hohe Belieferung der Küsten der britischen Industrie durch Steuern, durch die falsche Investitionslenkung des britischen Staates, durch veraltete Produktionsmethoden und durch eine sich verschärfende Konkurrenz der übrigen Industrieständer an den Absatzgebieten der Welt, haben Großbritannien diesem Schritt aufzuzwingen, der durch die seit Beginn des Jahres in steigender Kurve abfallenden Gold- und Dollarreserven schon vorangedeutet war. Es ist noch verfrüht, das letzte Wort über den Erfolg oder Mißerfolg dieser entscheidenden Maßnahme zu sprechen. Gewiß, die britische Austerität erhielt durch die Pfund-Abwertung einen starken Auftrieb. Wird es aber gelingen, auch im internen Wirtschaftslieben Großbritannien und des Sterling-Blockes die Maßnahmen zu treffen, die als eine logische Ergänzung zur Pfund-Abwertung erst deren Erfolg abzuwarten werden? Bisher scheint dies nicht der Fall zu sein. Die britische Regierung hat ein hohes Maß an Vertrauen in die eigene Wirtschaftspolitik. Der Versuch einer Synthese zwischen Planwirtschaft und freier Marktwirtschaft ist mißlungen. Es ist in den seit dem 18. September 1949 verwichenen Wochen und Monaten Großbritannien von allen finanziellen und landwirtschaftlichen Kapazitäten des eigenen Landes und der Auslandsländer

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Nach Aufhebung der Bewirtschaftung für sämtliche Nahrung- und Bauhilfsstoffe wird für das Forstwirtschaftsjahr 1950 eine Umlage im bisherigen üblichen Sinne nicht mehr erteilt. Im Rahmen des Marshall-Planes hat das Land Baden in Staats-, Gemeinde- und Privatforsten 1,81 Mill. Festmeter Drehholz mit Rinde — einschließlich Brennholz — zu bringen. Davon entfallen allein auf Nadelbäume und Ahornholz 940.000 Festmeter und 420.000 Festmeter auf Gemeinforst- und Brennholz.

Nadelbäume sind in Baden nur in geringem Maße vorhanden. Die Preise nähern sich laut Mitteilung des Verbandes badischer Waldbesitzer dem alten Höchststand. Bei Buchenstammholz hat sich die Nachfrage deutlich und schwächer Firmen belebt. Die Preise für Buchenstammholz sind nach wie vor gedrückt. Birke, Ahorn und Hainbuche sind gefragt. Der Absatz von Schwelholz wird durch die schlechte Finanzlage der Bundesbahn beeinträchtigt. Die Buchenstämme werden die Inlandnachfrage gedeckt, während Schweizer Firmen bei besonderen Maß- und Güteklassen höhere Angebote machen. Grobholz ist als Langholz zu vorzüglichen Richtpreisen gefragt und i. T. bereits verkauft. Für Nadelstämme werden aus dem Einzelhandel 93 Proc. aus neuem Einzelhandel 100 Prozent der Richtpreise gezahlt. Auch für Buchenstämme besteht im Wege des Vorverkaufes beschränkte Absatzmöglichkeit zu alten Richtpreisen. (Siehe auch die Holzmärkteinführung unter „Amerikanische Zone“.)

Maschinenentnahme besonders hart betroffenen Betriebe der gewerblichen Wirtschaft ist zum Zwecke der Wiederbeschaffung dringend erforderliche Betriebsrichtungen eine besondere Kreditmöglichkeit geschaffen worden, teil das Wirtschaftsministerium von Rheinland-Pfalz mit. Die Ausleiherung der Kredite erfolgt durch die im Lande Rheinland-Pfalz ansässigen Kreditinstitute, bei denen die Aufnahme der Kredite beantragt werden muß.

Die Zahl der Arbeitslosen in der Pfalz ist im Jahre 1949 von 4.500 auf 20.187, also fast auf das Fünffache gestiegen. Gegenüber 18.189 Ende November auf 20.187 zum Jahresende. Das Landesarbeitsamt erklärt die starke Veränderung des Bildes gegenüber dem Jahresbeginn vor allem mit einem entsprechenden Kapitalmangel der pfälzischen Wirtschaft. Das Hauptproblem der im Dezember arbeitslos gewordenen stielte das Bau- und Baumgewerbe. Neben diesem salzenberichtigten Entlassungen meldet das Arbeitsamt Entlassungen aus konjunkturellen Ursachen, so vor allem in der Schuhindustrie. Nach Beendigung des Weihnachtsgeschäfts hat die Schuhindustrie in Firmensen eine größere Anzahl Kräfte entlassen und etwa 7.000 Beschäftigte auf Kurzarbeit setzen müssen.

Die Erhebung eines Zuschlages zur Gewerbesteuer für Zwischstellen auswärtiger Handelsunternehmer hat die Stadt Hagenbach beschlossen. Für das Steuerjahr 1949 werden 15 Prozent, für das Steuerjahr 1950 30 Prozent Zuschlag erhoben werden. Die Steuer soll außer zur Erhaltung einer neuen städtischen Einnahmequelle auch dem Schutz des einheimischen Gewerbes und Kleinhandels dienen.

Die zur Zeit bei der Berliner Borgwerke in Gang befindliche Abklärung von Schrott findet in Erfüllung eines Vertrages aus dem Jahre 1948 statt. Der Erlös aus dem Schrotterwerb in Höhe von über 4 Mill. DM kommt ausschließlich dem Wiederaufbau der Borgwerke zugute. Maschinen sind nicht entnommen worden. Wie General General der Kommandant des französischen Botschafts Berlin, dieser Erklärung hinzufügt, ist er davon überzeugt, daß sich die wirtschaftliche Lage Berlins im Frühjahr bessern und die Arbeitslosigkeit zurückgehen wird.

Englische Zone

Mit 130.073 Beschäftigten Ende November 1949 übertraf nach dem letzten Monatsbericht des Statistischen Landesamtes Baden die Zahl der in der industriellen Produktion Beschäftigten erstmals die von 1936 um 0,6 Prozent. Die Anstiege gegenüber dem Vormonat betrug 1,7 Prozent. An der Mehrbeschäftigung von 2.176 Personen gegenüber Oktober hat insbesondere die Textilindustrie mit 885 Anteil. Die günstige Entwicklung der industriellen Produktion kann auch in einer weiteren Steigerung des Bruttoeinkommens von 138,8 Mill. DM im Oktober auf 144,1 Mill. DM im November zum Ausdruck.

Für die durch Dismontage und

Niederbrücken und die Substanz für eine besondere Reibstärkung erhalten soll. Die „Fur“ der Badischen Verein und die deutsche Reichsbahnwerke sei der Demonstration im Vergleich zu den anderen Werken nicht so sehr ins Gewicht gefallen, da diese Werke zum Teil bereits durch die Washingtoner Abkommen von der Dismontage freigestellt worden waren. Niederbrücken Industrie- und Handwerksbetriebe dürfen sich auf die Anerkennung der Reichsbahnwerke freuen. Die Reichsbahnwerke sind die einzigen in der Reichsbahn, die als Schachtpolizisten arbeiten. Die Förderung der Niederbrücken ist daher von der Verwaltung für Finanzen deshalb nicht anerkannt worden, weil mit gleicher Begründung auch andere Betriebe — nämlich aus dem südwestlichen Raum — die Begründung verlangen können. Von der Industrie- und Handelskammer Köln wurde auf die diskriminierende Wirkung der Nichtanerkennung für den niederrheinischen Importhandel hingewiesen, die im Übrigen dem allgemein anerkannten Grundsatz der Gleichbehandlung aller Steuerpflichtigen widerspreche.

Die Zahl der im Jahre 1949 von der Kölner Handelskammer behandelten Zulassungsanträge zur Eröffnung eines Geschäfts, die in der britischen Zone nur hinsichtlich der persönlichen Zuverlässigkeit und der allgemeinen kaufmännischen und fachlichen Sachkunde der Antragsteller geprüft wird, betrug im Großhandel 1929 im Einzelhandel 4217 und im Einzelhandel 1929 im Einzelhandel 331, im Einzelhandel 1929 und im Einzelhandelsgewerbe 200 abgelehnt. In den Branchen Lebensmittel, Tabakwaren, Textilien und Bekleidung. Von den Anträgen wurden im Großhandel 83, im Einzelhandel 1929 und im Einzelhandelsgewerbe 200 abgelehnt. In der Branche Lebensmittel, Tabakwaren und Kohlenindustrie bestand ein sehr hoher Prozentsatz der Antragsteller die Prüfung nicht. Der Grund hierfür lag darin, daß viele kaufmännisch und fachlich absolut nicht vorbildlich waren.

Die Mitgliederzahl bei der Kölner Produkten- und Warenbörse

Amerikanische Zone

Die kürzlich in Kassel gebildete Interessengemeinschaft kriegsgeschädigter Wirtschaft nimmt an einer Verleubarung zur Kreditierung der Industrie des Bundesgebietes Stellung. Es sei zu hoffen, daß die bewilligten Mittel aus dem ERP-Gegenvertrahen den betroffenen Betrieben schneller zugeführt werden und daß die lokalen Bankinstitute bei Bewilligung der gestellten Kreditanträge den Unternehmen durch eine Kreditbeweisung seine Hilfe leisten. Auch die weiteren Transaktionen des beantragten Kredit sollen den kriegsgeschädigten Betrieben möglichst schnell zur Verfügung gestellt werden. Gerade bei der Kreditverleubarung sei die „sozialpolitische Verleubarung der Geben“ verfehlt, da es nur das langsame Sterben mancher kriegsgeschädigter Betriebe verzögere.

Die Ausgewiesenen-Wirtschaft in Bayern hat sich jetzt zur Landesstelle Bayern der Vertretung der aus der Heimat vertriebenen Wirtschaft mit Sitz in München zusammengeschlossen. Es handelt sich um eine Dachorganisation der Arbeitsgemeinschaft der Industrie und des Großhandels der Ausgewiesenen und der Flüchtlinge, der Vertretung der Ostdeutschen Betriebe, sowie der „Wirtschaftshilfe“ zusammenzuschließen. Interessengemeinschaften. Der Vorsitz der Landesstelle Bayern haben die Herren Konrad Grundmann, E. P. Jöttinger und W. Lubitz, Geschäftsführer sind Dr. Frensch, Dr. Kruse und Trunkler.

Bei seiner überbrückten Fournierischen-Verleubarung hatte der Bayerische Staatswald nicht die ganze verfügbare Menge angeboten, sondern nur 1350 ha, womit er sich in der Spitze Preise von 2350 DM erzielen konnte. Bei etwa 30 bis 40 interessierten Firmen kamen demart geringe Mengen auf die einzelnen Interessenten, daß mit einer weiteren Verleubarung im Februar gerechnet wird. Durchschnittlich kostete der Festmeter 1100 DM gegenüber etwa 900 DM im Normaljahr.

Das Landeswirtschaftsamt Stuttgart ist am 31. Dezember aufgestellt worden. Die post- und telegraphischen Aufgaben werden vom Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden wahrgenommen.

Die Radiofirma Grundig, Nürnberg, hat einen neuen technischen Empfänger-Empfänger entwickelt, dessen Produktion jetzt anläßt. In diesem Produktionsjahr von 25x20x16 cm ist ein Preis von fünf Röhren einbezogen, der den Empfang von über 30 europäischen Stationen gestattet. Die Stromversorgung erfolgt durch Batterie, die etwa 15 DM kosten und eine Leistung von 80 Stunden haben; der Strompreis beträgt also etwa 25 Pf. pro Stunde. Das Gewicht des Apparates beträgt einschließlich Batterie nur drei Kilo. Der Verkaufspreis ist auf 118 DM festgesetzt. Die Radiofirma Grundig hat im Oktober fast 50.000 Radioempfangsgeräte hergestellt.

Im Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau wird der bisher im ERP-Ministerium tätige Ministerialdirektor Dr. Martin vertreten, so daß der Vorstand dieses Instituts außer dem vier delegierten Direktoren aus drei Mitgliedern haben wird.

Die Metallfabrik Schloffen GmbH hat ihren Sitz von Essen nach Solingen verlegt. Sie stellt Eisenschmelzen, Elektro-Kocher, Mischstromlein und Aufwindmaschinen her. Es werden 80 Personen beschäftigt. Aufträge liegen für die nächsten sechs Monate vor.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Investitionsgesellschaft, München, setzt sich nach Mitteilung der Gesellschaft aus folgenden Herren zusammen: Dr. Huber (Bayr. Staatsbank), Dr. Samet (Bayr. Hypothek- und Wechselbank), Bankier Bayer (Bankhaus Sauer & Co., München), Ministerialdirektor (Bayr. Ministerialdirektor) (Finanzministerium), Dr. Morgenbesser und Rechtsanwalt Klitzsch (Wiedergewinnungs-Bank GmbH, Frankfurt). Ein Viertel der 8,5 Millionen DM betragenden Eigenmittel der Gesellschaft sind eingezahlt.

Im Thüringer Wald wurden in diesem Jahr rund 11.000 ha Kahlschläge (folgen von Windbruch, Borkenkäferbefall und Raubbau während des Krieges) wieder aufgeforstet. Zu den wichtigsten Arten wuchsende Bäume wie Birke, Eiche und Pappel angepflanzt.

Der Investitionsplan der Industrie des Landes Brandenburg für 1950 sieht besonders die Förderung der Bauindustrie und des Wiederaufbaus der Ziegelmaterie vor. Im Maschinenbau soll der Ausbau des Traktorenwerkes Brandenburg, des Elektronenwerkes Werder und des Industrie-Werkes Fürstentum gefördert werden. In der chemischen Industrie ist die Erweiterung der Kapazität

des Rauhwerkes Oranienburg geplant. In Wittstock/OTprignitz soll eine Metallfabrik errichtet werden. Große Investitionen sollen auch für den Ausbau der Textilindustrie vorgesehen werden. Die kommunalwirtschaftlichen Betriebe planen die Errichtung einer Pappmüllfabrik in Frankfurt a. O. oder den weiteren Ausbau der chemischen Fabrik in Korbitz und die Errichtung von 14 kommunalen Ziegelmaterieanlagen an die Industrie sollen in Zukunft grundsätzlich nur beim Vorliegen einwandfreier Materialverbrauchsdaten erfolgen, so heißt es in dem Jahresbericht der Abt. Industrie der brandenburgischen Wirtschaftsministeriums. Als wichtigste Industrieprojekte des ablaufenden Jahres

werden der Aufbau des Eddler-Werkes Teltow für die Herstellung von Wechselstrommaschinen, des Chemiewerkes Korbitz für die Produktion von Talkum und der chemischen Fabrik Marienhütte in Fürstentum aufgeführt.

Auf Beschluß des Ministerrats der Ostzonenregierung wird ab 1. Januar 1950 in allen volkreichen Betrieben der Betriebswirtschaftsplan eingeführt nach einem Muster, das vom Ministerium für Planung und Ministerium für Industrie einheitlich herausgegeben wird und für alle Betriebe verbindlich ist.

Der stellvertretende Vorsitzende der staatlichen Kontrollkommission in Deutschland teilte der Ostzonenregierung mit, daß Edelmetalle (Gold, Silber, Platin, Palladium, Platin-Radium u. a.) die zur Zeit in der Kreditbank des Landes Brandenburg aufbewahrt werden, in die Verfügungsgewalt der Ostzonenregierung übergeben werden. Zugleich wird die zukünftige Gewinnung von Edelmetallen sowie ihre Verteilung des Komplexes der Ostzonenrepublik unterstellt.

Der Hinweis über den Noten- und Münzumsatz der Sowjetunion in Deutschland betrug am 20. 12. 49, daß der Notenumsatz sich gegenüber dem 20. 12. 48 um 23 Mill. Ostmark auf 2403 Mill. Ostmark erhöht hat. Die Bestände in den Kassen der Deutschen Notenbank und der Ostzonen- und Ostbank haben sich um 36 Mill. Ostmark verringert. Die Bestände in den Kassen der sonstigen Kreditinstitute sind um 13 Mill. Ostmark auf 260 Mill. Ostmark angesetzt.

Die Richtlinien für die Aufstellung neuer technischer Arbeitsnormen in der Sowjetunion sind jetzt in fünf Punkte zusammengefaßt worden. Danach sollen bei der Festsetzung einer technisch begründeten Arbeitsnorm folgende Bedingungen beachtet werden: 1. höchstmögliche technische und organisatorische Entwicklung, 2. Einhaltung der geforderten Güte, 3. qualitative Bewertung der TAN, 4. quantitative Bewertung der TAN, 5. Arbeit ohne Ausbeutung. Die Normen in der Sowjetunion sind beschränkt Arbeitsnormen sein, es heißt es, keine TAN-Normen, weil die ersten vier Punkte nicht die ihnen zukommende Bedeutung gefunden hätten. Punkt fünf, die Bestimmung der Ausbeutung, sei durch die weitgehende Aufhebung des Privatsektors bereits berücksichtigt worden.

Die volkreichen Betriebe der Schwerindustrie des Landes Thüringen haben in Götba ein zentrales Konstruktionsbüro errichtet. In dem Büro werden künftig alle Neukonstruktionen entwickelt, die dann allen volkreichen Betrieben zuzuführen gemacht werden.

Der erste Verkaufslauf der HO für die Land-Mecklenburg wird in der Landeshauptstadt Schwerin gesamtweit probeweise abgehalten. Die HO wird mit diesem Zug die mecklenburgischen Dörfer und Kleinstädte besuchen, um auch der Landbevölkerung Gelegenheit zum Einkauf von HO-Waren zu geben. Der Verkauf wird auch zur Belieferung der Teilnehmer an Kongressen und großen Sportveranstaltungen eingesetzt werden. Der Zug besteht aus einem Motorwagen mit zwei Anhänger und wurde aus Werder i. Sa. geführt.

Nach den Teilbilanzen der volkreichen Betriebe in der Sowjetunion für das erste Halbjahr 1948 wurde bei den noch verarbeiteten volkreichen Betrieben ein Bruttogewinn von 190 Mill. Ostmark erzielt. Im Finanzplan war nur ein Bruttogewinn von 135 Mill. Ostmark angedacht, so daß der Planerfolg um mehr als 40% überschritten wurde. Auch die Aufhebung der Nettogewinne für das erste halbe Jahr 1948 liegt nach einem Artikel „Verbesserung der Finanzwirtschaft“ im Dezemberheft der von sowjetischen Ministerium für Finanzen herausgegebenen „Deutschen Finanzwirtschaft“ über der für die Gewinnabführung vorgeschlagenen Summe. Hierbei ist zu beachten, daß allein die noch gelieferten volkreichen Betriebe für das erste Halbjahr aus dem Gewinn mehr als 100 Mill. Ostmark Körperleistung an den Haushalt abgeführt haben.

Der in November zwischen den früheren Reichswerken Wabnitz-Salzgitter und dem Sowjetischen Wirtschaftsministerium abgeschlossene Vertrag über die Lieferung von 10.000 Tonnen Rohelisen im Werte von 14 Mill. DM an Gießereien der Sowjetunion wurde von der Abteilung Internationaler Handel des niederrheinischen Außenhandelsrektors genehmigt. Die Lieferungen werden Anfang Januar dieses Jahres beginnen. Am 19. Januar werden die Vorstandsmitglieder der Reichswerke wieder nach Berlin reisen, um über einen dritten Vertrag mit der Sowjetunion zu verhandeln, der die Lieferung von Rohelisen im Werte von 5 Mill. DM vorsieht.

Im Adressbuch-Verlag für Handel und Industrie Ilsen & Lіндеcke GmbH, Berlin (Ostsektor), ist der erste Band eines deutschen Länder-Adressbuches für Handel und Industrie erschienen. Der Band umfaßt Berlin und die Länder Brandenburg und Mecklenburg.

Der Brandenburgerhof für das Land Brandenburg ist im gleichen Verlag erschienen.

Ab 1950 sollen nach einem Beschluß des Bundesvertrages des FDGB in der Sowjetunion 31 selbständige Verbandsorgane für die einzelnen Industriezweige geschaffen werden, die als erste die Bäume für die Gewerkschaften Bau, Metall, Chemie und Bergbau. Erziehungsort für alle Zeitungen ist Berlin. Erziehungswirtschaftslehre, der Landesrat umfaßt etwa 5 Millionen Mitglieder des FDGB.

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Nach Aufhebung der Bewirtschaftung für sämtliche Nahrung- und Bauhilfsstoffe wird für das Forstwirtschaftsjahr 1950 eine Umlage im bisherigen üblichen Sinne nicht mehr erteilt. Im Rahmen des Marshall-Planes hat das Land Baden in Staats-, Gemeinde- und Privatforsten 1,81 Mill. Festmeter Drehholz mit Rinde — einschließlich Brennholz — zu bringen. Davon entfallen allein auf Nadelbäume und Ahornholz 940.000 Festmeter und 420.000 Festmeter auf Gemeinforst- und Brennholz.

Nadelbäume sind in Baden nur in geringem Maße vorhanden. Die Preise nähern sich laut Mitteilung des Verbandes badischer Waldbesitzer dem alten Höchststand. Bei Buchenstammholz hat sich die Nachfrage deutlich und schwächer Firmen belebt. Die Preise für Buchenstammholz sind nach wie vor gedrückt. Birke, Ahorn und Hainbuche sind gefragt. Der Absatz von Schwelholz wird durch die schlechte Finanzlage der Bundesbahn beeinträchtigt. Die Buchenstämme werden die Inlandnachfrage gedeckt, während Schweizer Firmen bei besonderen Maß- und Güteklassen höhere Angebote machen. Grobholz ist als Langholz zu vorzüglichen Richtpreisen gefragt und i. T. bereits verkauft. Für Nadelstämme werden aus dem Einzelhandel 93 Proc. aus neuem Einzelhandel 100 Prozent der Richtpreise gezahlt. Auch für Buchenstämme besteht im Wege des Vorverkaufes beschränkte Absatzmöglichkeit zu alten Richtpreisen. (Siehe auch die Holzmärkteinführung unter „Amerikanische Zone“.)

Mit 130.073 Beschäftigten Ende November 1949 übertraf nach dem letzten Monatsbericht des Statistischen Landesamtes Baden die Zahl der in der industriellen Produktion Beschäftigten erstmals die von 1936 um 0,6 Prozent. Die Anstiege gegenüber dem Vormonat betrug 1,7 Prozent. An der Mehrbeschäftigung von 2.176 Personen gegenüber Oktober hat insbesondere die Textilindustrie mit 885 Anteil. Die günstige Entwicklung der industriellen Produktion kann auch in einer weiteren Steigerung des Bruttoeinkommens von 138,8 Mill. DM im Oktober auf 144,1 Mill. DM im November zum Ausdruck.

Für die durch Dismontage und

Maschinenentnahme besonders hart betroffenen Betriebe der gewerblichen Wirtschaft ist zum Zwecke der Wiederbeschaffung dringend erforderliche Betriebsrichtungen eine besondere Kreditmöglichkeit geschaffen worden, teil das Wirtschaftsministerium von Rheinland-Pfalz mit. Die Ausleiherung der Kredite erfolgt durch die im Lande Rheinland-Pfalz ansässigen Kreditinstitute, bei denen die Aufnahme der Kredite beantragt werden muß.

Die Zahl der Arbeitslosen in der Pfalz ist im Jahre 1949 von 4.500 auf 20.187, also fast auf das Fünffache gestiegen. Gegenüber 18.189 Ende November auf 20.187 zum Jahresende. Das Landesarbeitsamt erklärt die starke Veränderung des Bildes gegenüber dem Jahresbeginn vor allem mit einem entsprechenden Kapitalmangel der pfälzischen Wirtschaft. Das Hauptproblem der im Dezember arbeitslos gewordenen stielte das Bau- und Baumgewerbe. Neben diesem salzenberichtigten Entlassungen meldet das Arbeitsamt Entlassungen aus konjunkturellen Ursachen, so vor allem in der Schuhindustrie. Nach Beendigung des Weihnachtsgeschäfts hat die Schuhindustrie in Firmensen eine größere Anzahl Kräfte entlassen und etwa 7.000 Beschäftigte auf Kurzarbeit setzen müssen.

Die Erhebung eines Zuschlages zur Gewerbesteuer für Zwischstellen auswärtiger Handelsunternehmer hat die Stadt Hagenbach beschlossen. Für das Steuerjahr 1949 werden 15 Prozent, für das Steuerjahr 1950 30 Prozent Zuschlag erhoben werden. Die Steuer soll außer zur Erhaltung einer neuen städtischen Einnahmequelle auch dem Schutz des einheimischen Gewerbes und Kleinhandels dienen.

Die zur Zeit bei der Berliner Borgwerke in Gang befindliche Abklärung von Schrott findet in Erfüllung eines Vertrages aus dem Jahre 1948 statt. Der Erlös aus dem Schrotterwerb in Höhe von über 4 Mill. DM kommt ausschließlich dem Wiederaufbau der Borgwerke zugute. Maschinen sind nicht entnommen worden. Wie General General der Kommandant des französischen Botschafts Berlin, dieser Erklärung hinzufügt, ist er davon überzeugt, daß sich die wirtschaftliche Lage Berlins im Frühjahr bessern und die Arbeitslosigkeit zurückgehen wird.

Englische Zone

Mit 130.073 Beschäftigten Ende November 1949 übertraf nach dem letzten Monatsbericht des Statistischen Landesamtes Baden die Zahl der in der industriellen Produktion Beschäftigten erstmals die von 1936 um 0,6 Prozent. Die Anstiege gegenüber dem Vormonat betrug 1,7 Prozent. An der Mehrbeschäftigung von 2.176 Personen gegenüber Oktober hat insbesondere die Textilindustrie mit 885 Anteil. Die günstige Entwicklung der industriellen Produktion kann auch in einer weiteren Steigerung des Bruttoeinkommens von 138,8 Mill. DM im Oktober auf 144,1 Mill. DM im November zum Ausdruck.

Für die durch Dismontage und

Niederbrücken und die Substanz für eine besondere Reibstärkung erhalten soll. Die „Fur“ der Badischen Verein und die deutsche Reichsbahnwerke sei der Demonstration im Vergleich zu den anderen Werken nicht so sehr ins Gewicht gefallen, da diese Werke zum Teil bereits durch die Washingtoner Abkommen von der Dismontage freigestellt worden waren. Niederbrücken Industrie- und Handwerksbetriebe dürfen sich auf die Anerkennung der Reichsbahnwerke freuen. Die Reichsbahnwerke sind die einzigen in der Reichsbahn, die als Schachtpolizisten arbeiten. Die Förderung der Niederbrücken ist daher von der Verwaltung für Finanzen deshalb nicht anerkannt worden, weil mit gleicher Begründung auch andere Betriebe — nämlich aus dem südwestlichen Raum — die Begründung verlangen können. Von der Industrie- und Handelskammer Köln wurde auf die diskriminierende Wirkung der Nichtanerkennung für den niederrheinischen Importhandel hingewiesen, die im Übrigen dem allgemein anerkannten Grundsatz der Gleichbehandlung aller Steuerpflichtigen widerspreche.

Die Zahl der im Jahre 1949 von der Kölner Handelskammer behandelten Zulassungsanträge zur Eröffnung eines Geschäfts, die in der britischen Zone nur hinsichtlich der persönlichen Zuverlässigkeit und der allgemeinen kaufmännischen und fachlichen Sachkunde der Antragsteller geprüft wird, betrug im Großhandel 1929 im Einzelhandel 4217 und im Einzelhandel 1929 im Einzelhandel 331, im Einzelhandel 1929 und im Einzelhandelsgewerbe 200 abgelehnt. In den Branchen Lebensmittel, Tabakwaren, Textilien und Bekleidung. Von den Anträgen wurden im Großhandel 83, im Einzelhandel 1929 und im Einzelhandelsgewerbe 200 abgelehnt. In der Branche Lebensmittel, Tabakwaren und Kohlenindustrie bestand ein sehr hoher Prozentsatz der Antragsteller die Prüfung nicht. Der Grund hierfür lag darin, daß viele kaufmännisch und fachlich absolut nicht vorbildlich waren.

Die Mitgliederzahl bei der Kölner Produkten- und Warenbörse

Amerikanische Zone

Die kürzlich in Kassel gebildete Interessengemeinschaft kriegsgeschädigter Wirtschaft nimmt an einer Verleubarung zur Kreditierung der Industrie des Bundesgebietes Stellung. Es sei zu hoffen, daß die bewilligten Mittel aus dem ERP-Gegenvertrahen den betroffenen Betrieben schneller zugeführt werden und daß die lokalen Bankinstitute bei Bewilligung der gestellten Kreditanträge den Unternehmen durch eine Kreditbeweisung seine Hilfe leisten. Auch die weiteren Transaktionen des beantragten Kredit sollen den kriegsgeschädigten Betrieben möglichst schnell zur Verfügung gestellt werden. Gerade bei der Kreditverleubarung sei die „sozialpolitische Verleubarung der Geben“ verfehlt, da es nur das langsame Sterben mancher kriegsgeschädigter Betriebe verzögere.

Die Ausgewiesenen-Wirtschaft in Bayern hat sich jetzt zur Landesstelle Bayern der Vertretung der aus der Heimat vertriebenen Wirtschaft mit Sitz in München zusammengeschlossen. Es handelt sich um eine Dachorganisation der Arbeitsgemeinschaft der Industrie und des Großhandels der Ausgewiesenen und der Flüchtlinge, der Vertretung der Ostdeutschen Betriebe, sowie der „Wirtschaftshilfe“ zusammenzuschließen. Interessengemeinschaften. Der Vorsitz der Landesstelle Bayern haben die Herren Konrad Grundmann, E. P. Jöttinger und W. Lubitz, Geschäftsführer sind Dr. Frensch, Dr. Kruse und Trunkler.

Bei seiner überbrückten Fournierischen-Verleubarung hatte der Bayerische Staatswald nicht die ganze verfügbare Menge angeboten, sondern nur 1350 ha, womit er sich in der Spitze Preise von 2350 DM erzielen konnte. Bei etwa 30 bis 40 interessierten Firmen kamen demart geringe Mengen auf die einzelnen Interessenten, daß mit einer weiteren Verleubarung im Februar gerechnet wird. Durchschnittlich kostete der Festmeter 1100 DM gegenüber etwa 900 DM im Normaljahr.

Das Landeswirtschaftsamt Stuttgart ist am 31. Dezember aufgestellt worden. Die post- und telegraphischen Aufgaben werden vom Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden wahrgenommen.

Die Radiofirma Grundig, Nürnberg, hat einen neuen technischen Empfänger-Empfänger entwickelt, dessen Produktion jetzt anläßt. In diesem Produktionsjahr von 25x20x16 cm ist ein Preis von fünf Röhren einbezogen, der den Empfang von über 30 europäischen Stationen gestattet. Die Stromversorgung erfolgt durch Batterie, die etwa 15 DM kosten und eine Leistung von 80 Stunden haben; der Strompreis beträgt also etwa 25 Pf. pro Stunde. Das Gewicht des Apparates beträgt einschließlich Batterie nur drei Kilo. Der Verkaufspreis ist auf 118 DM festgesetzt. Die Radiofirma Grundig hat im Oktober fast 50.000 Radioempfangsgeräte hergestellt.

Im Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau wird der bisher im ERP-Ministerium tätige Ministerialdirektor Dr. Martin vertreten, so daß der Vorstand dieses Instituts außer dem vier delegierten Direktoren aus drei Mitgliedern haben wird.

Die Metallfabrik Schloffen GmbH hat ihren Sitz von Essen nach Solingen verlegt. Sie stellt Eisenschmelzen, Elektro-Kocher, Mischstromlein und Aufwindmaschinen her. Es werden 80 Personen beschäftigt. Aufträge liegen für die nächsten sechs Monate vor.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Investitionsgesellschaft, München, setzt sich nach Mitteilung der Gesellschaft aus folgenden Herren zusammen: Dr. Huber (Bayr. Staatsbank), Dr. Samet (Bayr. Hypothek- und Wechselbank), Bankier Bayer (Bankhaus Sauer & Co., München), Ministerialdirektor (Bayr. Ministerialdirektor) (Finanzministerium), Dr. Morgenbesser und Rechtsanwalt Klitzsch (Wiedergewinnungs-Bank GmbH, Frankfurt). Ein Viertel der 8,5 Millionen DM betragenden Eigenmittel der Gesellschaft sind eingezahlt.

Im Thüringer Wald wurden in diesem Jahr rund 11.000 ha Kahlschläge (folgen von Windbruch, Borkenkäferbefall und Raubbau während des Krieges) wieder aufgeforstet. Zu den wichtigsten Arten wuchsende Bäume wie Birke, Eiche und Pappel angepflanzt.

Der Investitionsplan der Industrie des Landes Brandenburg für 1950 sieht besonders die Förderung der Bauindustrie und des Wiederaufbaus der Ziegelmaterie vor. Im Maschinenbau soll der Ausbau des Traktorenwerkes Brandenburg, des Elektronenwerkes Werder und des Industrie-Werkes Fürstentum gefördert werden. In der chemischen Industrie ist die Erweiterung der Kapazität

des Rauhwerkes Oranienburg geplant. In Wittstock/OTprignitz soll eine Metallfabrik errichtet werden. Große Investitionen sollen auch für den Ausbau der Textilindustrie vorgesehen werden. Die kommunalwirtschaftlichen Betriebe planen die Errichtung einer Pappmüllfabrik in Frankfurt a. O. oder den weiteren Ausbau der chemischen Fabrik in Korbitz und die Errichtung von 14 kommunalen Ziegelmaterieanlagen an die Industrie sollen in Zukunft grundsätzlich nur beim Vorliegen einwandfreier Materialverbrauchsdaten erfolgen, so heißt es in dem Jahresbericht der Abt. Industrie der brandenburgischen Wirtschaftsministeriums. Als wichtigste Industrieprojekte des ablaufenden Jahres

Ostzone

werden der Aufbau des Eddler-Werkes Teltow für die Herstellung von Wechselstrommaschinen, des Chemiewerkes Korbitz für die Produktion von Talkum und der chemischen Fabrik Marienhütte in Fürstentum aufgeführt.

Auf Beschluß des Ministerrats der Ostzonenregierung wird ab 1. Januar 1950 in allen volkreichen Betrieben der Betriebswirtschaftsplan eingeführt nach einem Muster, das vom Ministerium für Planung und Ministerium für Industrie einheitlich herausgegeben wird und für alle Betriebe verbindlich ist.

Der stellvertretende Vorsitzende der staatlichen Kontrollkommission in Deutschland teilte der Ostzonenregierung mit, daß Edelmetalle (Gold, Silber, Platin, Palladium, Platin-Radium u. a.) die zur Zeit in der Kreditbank des Landes Brandenburg aufbewahrt werden, in die Verfügungsgewalt der Ostzonenregierung übergeben werden. Zugleich wird die zukünftige Gewinnung von Edelmetallen sowie ihre Verteilung des Komplexes der Ostzonenrepublik unterstellt.

Der Hinweis über den Noten- und Münzumsatz der Sowjetunion in Deutschland betrug am 20. 12. 49, daß der Notenumsatz sich gegenüber dem 20. 12. 48 um 23 Mill. Ostmark auf 2403 Mill. Ostmark erhöht hat. Die Bestände in den Kassen der Deutschen Notenbank und der Ostzonen- und Ostbank haben sich um 36 Mill. Ostmark verringert. Die Bestände in den Kassen der sonstigen Kreditinstitute sind um 13 Mill. Ostmark auf 260 Mill. Ostmark angesetzt.

Die Richtlinien für die Aufstellung neuer technischer Arbeitsnormen in der Sowjetunion sind jetzt in fünf Punkte zusammengefaßt worden. Danach sollen bei der Festsetzung einer technisch begründeten Arbeitsnorm folgende Bedingungen beachtet werden: 1. höchstmögliche technische und organisatorische Entwicklung, 2. Einhaltung der geforderten Güte, 3. qualitative Bewertung der TAN, 4. quantitative Bewertung der TAN, 5. Arbeit ohne Ausbeutung. Die Normen in der Sowjetunion sind beschränkt Arbeitsnormen sein, es heißt es, keine TAN-Normen, weil die ersten vier Punkte nicht die ihnen zukommende Bedeutung gefunden hätten. Punkt fünf, die Bestimmung der Ausbeutung, sei durch die weitgehende Aufhebung des Privatsektors bereits berücksichtigt worden.

Die volkreichen Betriebe der Schwerindustrie des Landes Thüringen haben in Götba ein zentrales Konstruktionsbüro errichtet. In dem Büro werden künftig alle Neukonstruktionen entwickelt, die dann allen volkreichen Betrieben zuzuführen gemacht werden.

Der erste Verkaufslauf der HO für die Land-Mecklenburg wird in der Landeshauptstadt Schwerin gesamtweit probeweise abgehalten. Die HO wird mit diesem Zug die mecklenburgischen Dörfer und Kleinstädte besuchen, um auch der Landbevölkerung Gelegenheit zum Einkauf von HO-Waren zu geben. Der Verkauf wird auch zur Belieferung der Teilnehmer an Kongressen und großen Sportveranstaltungen eingesetzt werden. Der Zug besteht aus einem Motorwagen mit zwei Anhänger und wurde aus Werder i. Sa. geführt.

Nach den Teilbilanzen der volkreichen Betriebe in der Sowjetunion für das erste Halbjahr 1948 wurde bei den noch verarbeiteten volkreichen Betrieben ein Bruttogewinn von 190 Mill. Ostmark erzielt. Im Finanzplan war nur ein Bruttogewinn von 135 Mill. Ostmark angedacht, so daß der Planerfolg um mehr als 40% überschritten wurde. Auch die Aufhebung der Nettogewinne für das erste halbe Jahr 1948 liegt nach einem Artikel „Verbesserung der Finanzwirtschaft“ im Dezemberheft der von sowjetischen Ministerium für Finanzen herausgegebenen „Deutschen Finanzwirtschaft“ über der für die Gewinnabführung vorgeschlagenen Summe. Hierbei ist zu beachten, daß allein die noch gelieferten volkreichen Betriebe für das erste Halbjahr aus dem Gewinn mehr als 100 Mill. Ostmark Körperleistung an den Haushalt abgeführt haben.

Der in November zwischen den früheren Reichswerken Wabnitz-Salzgitter und dem Sowjetischen Wirtschaftsministerium abgeschlossene Vertrag über die Lieferung von 10.000 Tonnen Rohelisen im Werte von 14 Mill. DM an Gießereien der Sowjetunion wurde von der Abteilung Internationaler Handel des niederrheinischen Außenhandelsrektors genehmigt. Die Lieferungen werden Anfang Januar dieses Jahres beginnen. Am 19. Januar werden die Vorstandsmitglieder der Reichswerke wieder nach Berlin reisen, um über einen dritten Vertrag mit der Sowjetunion zu verhandeln, der die Lieferung von Rohelisen im Werte von 5 Mill. DM vorsieht.

Im Adressbuch-Verlag für Handel und Industrie Ilsen & Lіндеcke GmbH, Berlin (Ostsektor), ist der erste Band eines deutschen Länder-Adressbuches für Handel und Industrie erschienen. Der Band umfaßt Berlin und die Länder Brandenburg und Mecklenburg.

Der Brandenburgerhof für das Land Brandenburg ist im gleichen Verlag erschienen.

Ab 1950 sollen nach einem Beschluß des Bundesvertrages des FDGB in der Sowjetunion 31 selbständige Verbandsorgane für die einzelnen Industriezweige geschaffen werden, die als erste die Bäume für die Gewerkschaften Bau, Metall, Chemie und Bergbau. Erziehungsort für alle Zeitungen ist Berlin. Erziehungswirtschaftslehre, der Landesrat umfaßt etwa 5 Millionen Mitglieder des FDGB.

Im Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau wird der bisher im ERP-Ministerium tätige Ministerialdirektor Dr. Martin vertreten, so daß der Vorstand dieses Instituts außer dem vier delegierten Direktoren aus drei Mitgliedern haben wird.

Die Metallfabrik Schloffen GmbH hat ihren Sitz von Essen nach Solingen verlegt. Sie stellt Eisenschmelzen, Elektro-Kocher, Mischstromlein und Aufwindmaschinen her. Es werden 80 Personen beschäftigt. Aufträge liegen für die nächsten sechs Monate vor.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Investitionsgesellschaft, München, setzt sich nach Mitteilung der Gesellschaft aus folgenden Herren zusammen: Dr. Huber (Bayr. Staatsbank), Dr. Samet (Bayr. Hypothek- und Wechselbank), Bankier Bayer (Bankhaus Sauer & Co., München), Ministerialdirektor (Bayr. Ministerialdirektor) (Finanzministerium), Dr. Morgenbesser und Rechtsanwalt Klitzsch (Wiedergewinnungs-Bank GmbH, Frankfurt). Ein Viertel der 8,5 Millionen DM betragenden Eigenmittel der Gesellschaft sind eingezahlt.

Im Thüringer Wald wurden in diesem Jahr rund 11.000 ha Kahlschläge (folgen von Windbruch, Borkenkäferbefall und Raubbau während des Krieges) wieder aufgeforstet. Zu den wichtigsten Arten wuchsende Bäume wie Birke, Eiche und Pappel angepflanzt.

Der Investitionsplan der Industrie des Landes Brandenburg für 1950 sieht besonders die Förderung der Bauindustrie und des Wiederaufbaus der Ziegelmaterie vor. Im Maschinenbau soll der Ausbau des Traktorenwerkes Brandenburg, des Elektronenwerkes Werder und des Industrie-Werkes Fürstentum gefördert werden. In der chemischen Industrie ist die Erweiterung der Kapazität

Ostzone

werden der Aufbau des Eddler-Werkes Teltow für die Herstellung von Wechselstrommaschinen, des Chemiewerkes Korbitz für die Produktion von Talkum und der chemischen Fabrik Marienhütte in Fürstentum aufgeführt.

Auf Beschluß des Ministerrats der Ostzonenregierung wird ab 1. Januar 1950 in allen volkreichen Betrieben der Betriebswirtschaftsplan eingeführt nach einem Muster, das vom Ministerium für Planung und Ministerium für Industrie einheitlich herausgegeben wird und für alle Betriebe verbindlich ist.

Der stellvertretende Vorsitzende der staatlichen Kontrollkommission in Deutschland teilte der Ostzonenregierung mit, daß Edelmetalle (Gold, Silber, Platin, Palladium, Platin-Radium u. a.) die zur Zeit in der Kreditbank des Landes Brandenburg aufbewahrt werden, in die Verfügungsgewalt der Ostzonenregierung übergeben werden. Zugleich wird die zukünftige Gewinnung von Edelmetallen sowie ihre Verteilung des Komplexes der Ostzonenrepublik unterstellt.

Der Hinweis über den Noten- und Münzumsatz der Sowjetunion in Deutschland betrug am 20. 12. 49, daß der Notenumsatz sich gegenüber dem 20. 12. 48 um 23 Mill. Ostmark auf 2403 Mill. Ostmark erhöht hat. Die Bestände in den Kassen der Deutschen Notenbank und der Ostzonen- und Ostbank haben sich um 36 Mill. Ostmark verringert. Die Bestände in den Kassen der sonstigen Kreditinstitute sind um 13 Mill. Ostmark auf 260 Mill. Ostmark angesetzt.

Die Richtlinien für die Aufstellung neuer technischer Arbeitsnormen in der Sowjetunion sind jetzt in fünf Punkte zusammengefaßt worden. Danach sollen bei der Festsetzung einer technisch begründeten Arbeitsnorm folgende Bedingungen beachtet werden: 1. höchstmögliche technische und organisatorische Entwicklung, 2. Einhaltung der geforderten Güte, 3. qualitative Bewertung der TAN, 4. quantitative Bewertung der TAN, 5. Arbeit ohne Ausbeutung. Die Normen in der Sowjetunion sind beschränkt Arbeitsnormen sein, es heißt es, keine TAN-Normen, weil die ersten vier Punkte nicht die ihnen zukommende Bedeutung gefunden hätten. Punkt fünf, die Bestimmung der Ausbeutung, sei durch die weitgehende Aufhebung des Privatsektors bereits berücksichtigt worden.

Die volkreichen Betriebe der Schwerindustrie des Landes Thüringen haben in Götba ein zentrales Konstruktionsbüro errichtet. In dem Büro werden künftig alle Neukonstruktionen entwickelt, die dann allen volkreichen Betrieben zuzuführen gemacht werden.

Der erste Verkaufslauf der HO für die Land-Mecklenburg wird in der Landeshauptstadt Schwerin gesamtweit probeweise abgehalten. Die HO wird mit diesem Zug die mecklenburgischen Dörfer und Kleinstädte besuchen, um auch der Landbevölkerung Gelegenheit zum Einkauf von HO-Waren zu geben. Der Verkauf wird auch zur Belieferung der Teilnehmer an Kongressen und großen Sportveranstaltungen eingesetzt werden. Der Zug besteht aus einem Motorwagen mit zwei Anhänger und wurde aus Werder i. Sa. geführt.

Nach den Teilbilanzen der volkreichen Betriebe in der Sowjetunion für das erste Halbjahr 1948 wurde bei den noch verarbeiteten volkreichen Betrieben ein Bruttogewinn von 190 Mill. Ostmark erzielt. Im Finanzplan war nur ein Bruttogewinn von 135 Mill. Ostmark angedacht, so daß der Planerfolg um mehr als 40% überschritten wurde. Auch die Aufhebung der Nettogewinne für das erste halbe Jahr 1948 liegt nach einem Artikel „Verbesserung der Finanzwirtschaft“ im Dezemberheft der von sowjetischen Ministerium für Finanzen herausgegebenen „Deutschen Finanzwirtschaft“ über der für die Gewinnabführung vorgeschlagenen Summe. Hierbei ist zu beachten, daß allein die noch gelieferten volkreichen Betriebe für das erste Halbjahr aus dem Gewinn mehr als 100 Mill. Ostmark Körperleistung an den Haushalt abgeführt haben.

Der in November zwischen den früheren Reichswerken Wabnitz-Salzgitter und dem Sowjetischen Wirtschaftsministerium abgeschlossene Vertrag über die Lieferung von 10.000 Tonnen Rohelisen im Werte von 14 Mill. DM an Gießereien der Sowjetunion wurde von der Abteilung Internationaler Handel des niederrheinischen Außenhandelsrektors genehmigt. Die Lieferungen

England als Handelspartner

Änderungen des Welthandels durch England — Offene Generalzolltarifsysteme* — Verletzung der Most-favoritensätze — Für England bleibt Theorie als Lieferant und Abnehmer interessant — Nachteile für Deutschland aus dem neuen Abkommen

Von Dr. Hans Pöschel

Großbritannien ist für alle Welt ein wichtiger Wirtschaftspartner. Sein Bestehen, es dem Commonwealth und Kontinentaluropa recht zu machen und gleichzeitig dabei seine guten Beziehungen zu dem Brodervolk auf der anderen Seite des Atlantik nicht zu verderben, bringt England häufig in schweren Konflikte, aus denen es sich nicht anders als durch eine sprunghafte und nicht immer durchsichtige Wirtschaftspolitik zu befreien gewußt hat. Eine derartige Maßnahme stellt die Abkehr Englands vom Goldstandard am 3. Oktober 1931 dar. Über die Notwendigkeit dieses Schrittes ist seitdem die Weltöffentlichkeit eingehend informiert worden. Einmalen hat sich England in den letzten Jahren wieder dem Goldstandard angeschlossen, doch hat es sich nicht anders als durch eine sprunghafte und nicht immer durchsichtige Wirtschaftspolitik zu befreien gewußt. Eine derartige Maßnahme stellt die Abkehr Englands vom Goldstandard am 3. Oktober 1931 dar. Über die Notwendigkeit dieses Schrittes ist seitdem die Weltöffentlichkeit eingehend informiert worden.

Wenig erfolgreiche Erfahrungen. Auch Westdeutschland, das bei der jüngsten von Großbritannien her eingeleiteten Währungsaktion als Unterlegener des Krieges wohl am stärksten mitgenommen wurde, hat in seinen Wirtschaftsverhältnissen mit England nicht durchgängig erfolgreiche Erfahrungen sammeln können. Im Jahre 1949 riefen die Beratungen der für die deutsche Handelspolitik bisher noch geschäftsmäßigsten JETI mit den Vertretern des „Commonwealth of Nations“ über den Warenverkehr nicht die besten Ergebnisse zu. Im März 1949 in London die Untersuchung über eine Verengung der Handelsbeziehungen für das erste Halbjahr 1949 geteilt und beiderseitige Gespräche von 28. März bis zum 1. April 1949 in diesem Thema in Frankfurt mit dem Ergebnis, dass eine Abmilderung der Beschränkungen der Außenhandels in der Zeit von Mitte 1949 bis Mitte 1950. Dies Protokoll in der Form der „arrêté minter“ wurde als Rahmen für weitere Beratungen, in denen es gilt um mit dem englischen Journal des britischen Handelsministeriums zu sprechen. Einzelheiten in Erfahrung des Abkommens von 1. April 1949 ausarbeiten und namentlich die laufenden Verhandlungen in der Richtung des meisteinstufigen Handels mit Frankreich mit dem Ergebnis, dass eine Abmilderung der Beschränkungen der Außenhandels in der Zeit von Mitte 1949 bis Mitte 1950. Dies Protokoll in der Form der „arrêté minter“ wurde als Rahmen für weitere Beratungen, in denen es gilt um mit dem englischen Journal des britischen Handelsministeriums zu sprechen. Einzelheiten in Erfahrung des Abkommens von 1. April 1949 ausarbeiten und namentlich die laufenden Verhandlungen in der Richtung des meisteinstufigen Handels mit Frankreich mit dem Ergebnis, dass eine Abmilderung der Beschränkungen der Außenhandels in der Zeit von Mitte 1949 bis Mitte 1950.

Frankreich Verhandlungsgeschichte. Raten schon diese wiederholten Zusammenkünfte, ihre Verhandlungen und zwar die gegenseitige Unterbrechung der auf beiden Seiten überstehenden Schwierigkeiten sichtbar werden lassen, so ist die neueste Verhandlungsgeschichte keine dramatisch zu nennen. Am 28. September 1949 gab der britische Handelsminister Wilson im Unterhaus bekannt, daß in Einklang mit der von Großbritannien der Pariser Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgeschlagenen Politik für die Verwirklichung der Wirtschaft von Kontinentaluropäischen Beziehungen beabsichtigt wird, von 3. Oktober ab eine ganze Reihe von Einfuhrbeschränkungen für Waren aller Art aufgehoben würde. In dies System der sogenannten „offenen Generalzolltarifsysteme“ wurden indes Belgien, die Schweiz und Westdeutschland nicht einbezogen. Belgien und die Schweiz, weil sie einen grundsätzlich eine Einfuhrbeschränkung für britische Waren nicht ablehnen und nach der Struktur ihres Ge-

terverkehrs mit England die besten Möglichkeiten für eine Intensivierung des Warenverkehrs schon jetzt gegeben sind. Und Westdeutschland! Es wurde erklärt, weil es im Verrechnungsverkehr als Staat mit harter Währung gilt, könne es an der Einfuhrerleichterung nicht teilnehmen. Aber die Zahlungsabkommen sind doch gerade zu dem Zweck geschlossen, die Unterschiede im Charakter der Währungen zu überbrücken, mit anderen Worten: Westdeutschland im Güterverkehr mit dem Sterlinggebiet oder besser umgekehrt das Sterlinggebiet im Warenverkehr mit der Triäne von den Finanzungen durch die Dollarklausel zu befreien, und die Abwertung in beiden Ländern hat sowieso die Differenz in der Klassifizierung der Währungen in hart und weich verwickelt. Hat doch derselbe englische Handelsminister Wilson einige Tage nach seiner erwähnten Erklärung im Unterhaus von 28. September am 3. Oktober 1949 mitgeteilt, daß Großbritannien ein entschiedenes Interesse daran besitzt, den Handelsverkehr mit der deutschen Bundesrepublik auf eine liberale Basis als bisher zu stellen. Welche hervorragende Gelegenheit böte ihm doch dazu die neue Einfuhrregelung! Die Klausel wurde aus dem Satz gelassen, indem England als Gegenleistung für eine Erleichterung Westdeutschlands in die Importzölle die Erhöhung des Exportes gewisser Produkte aus dem Sterlinggebiet verspricht. Und soll es scheitern, als ob die britische Forderung den Verhandlungsgegenstand auf eine falsche Plattform verschieben hat. Auch Westdeutschland hat infolge Verzögerungen der OEEC eine Einfuhrbeschränkung aufgestellt und in Paris überlegt, deren Kategorien sich danach richten, ob sie ohne Export oder nur unter Konzessionen des Gezeirs wirksam werden. Hier ist der Platz zur Ausarbeitung der englischen Ansprüche. Darum und wegen des Inhaltes der englischen Forderungen hat die deutsche Seite ein Entgegenkommen in bilateralen Verhandlungen abgelehnt und auf die OEEC verwiesen. Es gibt nach unserer Meinung auch noch einen anderen Weg zur Erfüllung des englischen Wunsches. Wenn es Großbritannien wirklich um die Liberalisierung des Warenverkehrs mit uns zu tun ist, sollte die Verabredung mit dem Ziele, zu einem Abkommen nach Art der neueren Verträge zwischen Westdeutschland und der Schweiz, den Niederlanden, Österreich und Norwegen zu gelangen, beiderseitig offenstehen. Dadurch würde Großbritannien auch den Vorwurf einer Verletzung der Most-favoritensätze vermeiden, der wegen seines bisherigen Verhaltens in der Frage der Einfuhrbeschränkungen abgelehnt. Denn die Most-favoritensätze sind nicht eine völkerrechtlich verbindliche, sondern eine moralische Verpflichtung des als gewählter Handelspartner nach der Handelspolitik des ersten Weltkrieges in sich. Wenn die am 18. Oktober 1949 durch Rundfunk und Presse verbreitete Nachricht, daß noch in diesem Monat Verhandlungen mit einer britischen Handelsdelegation stattfinden werden sollen, auf Verhandlungen solcher Art hindeutet, soll sie uns willkommen sein.

Nach keine bessere Basis. Es ist eigentlich denkbar und vor aus den Wirren der Gegenwart zu erklären, daß es bisher nach dem Krieg noch nicht gelungen ist, den Warenverkehr zwischen völkerrechtlich so entwickelten und früher im regen Verkehr miteinander stehenden Gebieten wie Westdeutschland und dem Sterlinggebiet auf eine breitere und vorläufigere Grundlage zu stellen. Daß die Basis des Abkommens vom 18. August 1949 in sachlicher Beziehung nicht erreicht, wird nicht nur durch den Umstand, daß sie aber auch in zeitlicher Hinsicht mit ihrer Geltungskraft vor nur einem Jahre nicht genügt, zureichende Sicherheit für geschäftliche Dispositionen zu bieten, liegt auf der Hand. Mit Neid blicken wir zur Tschechoslowakei hin, die gerade letzten einen Handelsvertrag auf die Dauer von fünf Jahren und ein Zahlungsabkommen für drei Jahre mit England vereinbart hat. Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge im Außenhandels Deutschlands und Großbritanniens sei einige Angaben über statistischen Charakter der Beurteilung des geltenden Abkommens vorausgeschickt.

England — Europa. Im allgemeinen hat die Gesamteinfuhr Großbritanniens im Durchschnitt des Jahres 1948 1928 rund 18,5 Mrd. RM, darunter Deutschland nicht die Hälfte, nämlich wenig über 5 Mrd. RM betragen. Die britische Gesamteinfuhr belief sich auf 5,9 Mrd. RM, die deutsche auf nicht viel weniger, und zwar auf 5,3 Mrd. RM. Die englische Handelsbilanz war also stark passiv, ihr Fehlbetrag wurde in der Zahlungsbilanz durch Dienstleistungen und Kapitalanlagen im Ausland mehr als ausgeglichen; die deutsche Handelsbilanz schied damals im Gegensatz zu heute mit einem Aktivposten ab. Der Anteil des britischen Import und Export an der Gesamteinfuhr- und -ausfuhr Europas belief sich auf 26,8 und 21,7 v. H., die deutsche Quote auf 14,3 und 18,7 v. H. Die britische Einfuhr stammte zu rund 36 v. H. aus Europa; die deutsche dagegen zu 58 v. H. aus Europa; britische Waren gingen mit ebenfalls nur 36 v. H. hauptsächlich mit 70 v. H. nach Europa. Insbesondere waren also die amerikanischen Beziehungen, aber auch die anderen Überseebeziehungen für England Wirtschaft als Lieferanten und Abnehmer, aller-

dings gefördert durch die Voraussetzungen, viel interessanter als die europäischen Märkte; für die anderen Seite blieb Europa für das Deutsche Reich das Hauptbezugsgebiet wie vor allem, wenn auch damals noch nicht in dem gleichen Ausmaß wie heute, das Hauptbezugsgebiet. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sich Großbritannien nach dem Krieg ausgesetzt war, können hier als bekannt vorausgesetzt werden. Sie hatten wieder eine starke Passivität in der englischen Handelsbilanz zur Folge, die für 1948 mit 2079 Mill. Pfund Einfuhr und 1947 Mill. Pfund Ausfuhr in einem Fehlbetrag von 432 Mill. Pfund endete, aber wohlgeachtet, ohne daß Großbritannien jetzt nach dem Verlust eines großen Teiles seiner Kapitalien im Ausland der Ausgleich in der Zahlungsbilanz wie früher leicht gefallen wäre. Immerhin ist es der Zielstrebigkeit des Schatzkammerpräsidenten Stafford Cripps und der Engländer der britischen Kaufmannschaften, das Defizit in der Handelsbilanz des ersten Halbjahres 1949 mit 231,3 Mill. Pfund in der Zahlungsbilanz auf 10 Mill. Pfund (Passivität im Verkehr mit dem Dollargebiet 130 Mill. Pfund, Aktivität gegenüber der restlichen Welt 120 Mill. Pfund) von 230 Mill. 1947 und 110 Mill. Pfund 1948 heruntersinken zu lassen. Die weiteren Aussichten nach der Währungsreform sind für England nicht schlecht; der Export, insbesondere der in die Vereinigten Staaten, der Dollars liefert, steigt, und die Dollarklausel haben allein in den ersten zwölf Tagen nach der Festsetzung des neuen Umtauschfußes um 20 Mill. Pfund zugenommen. Demgegenüber betrug das Defizit in der Handelsbilanz der Doppelzone für 1948 1347 Mill. RM/DM und für die ersten acht Monate 1949 gar 1294 Mill. DM; zwar hat sich die Relation des Einfuhrüberschusses zur Gesamteinfuhr von 109,8 v. H. im Januar 1948 wesentlich bis auf 78,3 v. H. im August 1949 verbessert (es war schon einmal im April und Mai 1949 bis auf 64,8 v. H. abgesunken und hat sich seitdem wie die gesamte Struktur des Außenhandels der Doppelzone wieder verschlechtert). Jedenfalls liegt die zum Ausgleich in der Handelsbilanz noch ein langer, beschwerlicher Weg vor uns, und im Gegensatz zu England können wir auf diese Glättstellung nach Ablauf des Marshallplanes leider kaum rechnen.



*Kraftvoll würzig,
doch mild
und süß...*

Dem Lebensgefühl eines Volkes und jedes Einzelnen entsprechen seine Genussmittel — und keines mehr als die Zigarette.

Wer tätig-kraftvoll sein Leben meistern will und sich außerdem der Tradition eines kultivierten Geschmacks bewußt ist, wird sich im Zweifelsfall stets für eine Zigarette entscheiden, in der sich das Lebende, Kraftvoll-Würzige des Virginia-Tabaks mit der bewundernswürdigen Delikatess edlen, aromatischen Orienttabaks verbindet.

Beide Elemente aber machen das Besondere der *for* aus. **TARAKLAND VIRGINIA und TARAKLAND ORIENT** geben ihr Bestes zum Besten der *for*.

mild und süß



England — Deutschland
Für den Außenhandel Deutschlands mit Großbritannien sei eine Arbeit der ehemaligen Volkswirtschafts-

des „The Network of World Trade“ Genf 1932) und der amtlichen deutschen Nachkriegsstatistik das folgende Bild gewonnen:

Einfuhr									
1928		1935		1938		1948		Jan. — Aug. 1949	
Mill.	v. H.	Mill.	v. H.	Mill.	v. H.	Mill.	v. H.	Mill.	v. H.
360	12,3	103	10,0	113	9,2	129	14,4	31	6,1

* v. H. der Einfuhr aus Europa

Ausfuhr									
1928		1935		1938		1948		Jan. — Aug. 1949	
Mill.	v. H.	Mill.	v. H.	Mill.	v. H.	Mill.	v. H.	Mill.	v. H.
476	13,0	151	12,0	140	9,1	70	13,4	62	11,0

** v. H. der Ausfuhr nach Europa

Im letzten statistisch erfaßten Monat August 1949 allein hat die Doppelzone des Großbritanniens für 5,7 Mill. Dollar oder 62 v. H. ihrer Gesamteinfuhr aus Europa bezogen und für 7,3 Mill. Dollar oder 10,2 v. H. der Gesamteinfuhr nach Europa geliefert. Die Handelsbilanz der Doppelzone gegenüber Großbritannien war 1948 mit 127 Mill. RM/DM und von Januar bis August 1949 mit 130 Mill. DM aktiv; man darf dabei allerdings nicht außer acht lassen, daß die Zwangsausfuhr von Rind- und Schmitzholz sowie von Schrott nach England bedeutende Beiträge erreicht (1948 41,2 v. H. der Gesamteinfuhr über den Kanal; England nahm während der ersten acht Monate 1949 in der Liste der Einfuhrländer für die Doppelzone den 7. Platz, unter den Ausfuhrländern die 4. Stelle ein; 1948 hatte es noch in der Ausfuhr aus der Doppelzone geführt und in der Einfuhr dorthin hinter dem Vereinigten Staaten den 2. Rang besetzt gehalten, eine Entwicklung, die ebenso wie der starke Anstieg der englischen Belegungsstellen an der Einfuhr der Doppelzone aus Europa und

und -Halbwaren (Wolle, Baumwolle, Jute und andere) für 100,3 Mill. von Häuten, Fellen sowie Leder für 12,3 Mill. von Metallen für 11 Mill. Rohöl und Kohle für 7 Mill. Kaustisch für 35,8 Mill. Maschinen für 7,8 Mill. von Fertigkleidern für 2 Mill. und von der sogenannten „unvollständigen“ aus Dienstleistungen bestehende Ausfuhr für 42 Mill. Dollar von Sterlinggebieten nach Westdeutschland. Der Export der Triäne nach dem Sterlingblock darf in der Gesamtsumme von 218,36 Mill. Dollar, Schrott mit 43 Mill., Textilien mit 34 Mill., chemische Produkte mit 3,8 Mill., Maschinen mit 6 Mill. und verschiedene Verbrauchsgüter mit 8 Mill. Dollar erreichten. Für den Transitblock sind ferner 6 Mill. für den Transitblock 12 Mill. und auch hier für die unvollständige Ausfuhr 27 Mill. ausgeworfen und die Kolonien werden mit 15 Mill. und die übrigen Sterlinggebiete mit 40 Mill. Dollar bedient.

Diese Ziffern lassen sich großzügig an, auch wenn man sie mit dem Warenverkehr in den normalen Vorkriegsjahren vergleicht. Ob aber auch ihre Auszubereitungen gegeben sein wird, in einer durchaus offene Frage, zu deren Beantwortung uns die bisherigen Erfahrungen nicht gerade ermutigen. So standen nach dem früher mit England getroffenen Vereinbarungen von 3. März 1948 im ersten Halbjahr 1949 141,2 Mill. für die Einfuhr aus dem Sterlingblock nach Westdeutschland und 101,4 Mill. Dollar für die umgekehrte Richtung offen. Tatsächlich wurde diese Ziffer in der Einfuhr durch getriggerte Geschäfte (106 Mill. Dollar) und abgeschlossene Kontrakte (41,1 Mill. Dollar) noch übertraffen; in der Ausfuhr dagegen vermindert, wir nur einen Export von 67,1 Mill. und laufende Kontrakte von 16,6 Mill. Dollar. Die Ausnutzung der Exportziffern aus dem Handelsabkommen mit Indien und Irland lag, besonders betrachtet, noch beträchtlich unter der des Vertrages mit England von 3. März 1948. Darum hat auch die unbedingte Handhabung der Einfuhrbeschränkungen in Kraft für das dritte Marshallplanjahr 1949/50. Dieses Hauptabkommen mit dem Mutterland gilt in seiner Gesamtsumme von 231,43 Mill. Dollar für die Ausfuhr von Nahrungsmitteln (Getreide und Fett, Fisch, Kakao, Rohstoffe, Tee und anderen landwirtschaftlichen Produkten) im Betrage von 81,8 Mill. Dollar, von Textilien-

Fortsetzung auf Seite 8

Osterreichische Energie-Projekte

Im Rahmen des Komplementär-Planes der OEEC

Die Inbetriebnahme des zweiten Teiles der Sammelmaschine Kaprun-Ernstbrunn-Wien, die namentlich die südlichen Industriestricke Österreichs mit den Energiekräften des Westens verbindet, lenkt die Aufmerksamkeit auf die österreichischen Kraftwerke, die einen bedeutenden Beitrag zur Koordinierung der wirtschaftlichen Entwicklung und Kräfte der am EHP beteiligten Staaten leisten sollen.

Die österreichischen Projekte für die europäische Energieversorgung im Rahmen des Komplementärprogramms der OEEC sind Lössersee, Ota, Oberer Inn und Oattirö.

Das Werk Lössersee wird 314 Mill. kWh erzeugen, wovon 10% im Wirtschaftsjahr zur Verfügung stehen werden. Das Projekt Ota ergibt ein Jahresarbeitsvermögen von 1125 Mill. kWh, wovon 372 Mill. kWh im Winterhalbjahr erzeugt werden können. Das Projekt Oberer Inn soll 1400 Mill. kWh, davon 437 Mill. kWh, d. h. 31% im Winter bringen. Das Projekt Oattirö hat mit 793 Mill. kWh bei einer Jahresleistung von 1010 Mill. kWh einen Winteranteil von 79%.

Die Summe des Jahresarbeitsvermögens beträgt demnach 3658 Mill. kWh, wovon 2214 Mill. kWh (60%) Winterenergie sind.

Eine statistische Inventur möge hier die bessere Beurteilung der österreichischen Energieausstattung aufzeigen:

Wasserwerke	Wasserwerke		Wasserwerke	
	Strom	Industrie	Strom	Industrie
	Über 1000 kW	Über 100 kW	Über 1000 kW	Über 100 kW
	in 1000 in MW			
Wien	10,3	138,8	1,1	3,2
Ob.-Österreich	127,1	900,2	17,4	104,3
Salzburg	120,8	388,3	30,2	197,3
Niederösterreich	84,7	426,0	18,2	64,6
Kärnten	108,2	396,2	6,8	31,8
Tirol	194,6	956,3	11,1	62,3
Vorarlberg	220,4	982,3	8,6	39,0
	894,3	3208,8	83,0	460,7
Diese	154,9	393,6		
3. Werke unter 1000 kW		186,8	96,8	
Summe	991,3	5017,4	180,8	1162,3
Dampfkraftwerke				
unter 1000 kW	36,0			
Gesamtstrom			216,8	
Gesamtindustrie			306,1	
der Wasserkraftwerke			114,3	
Kapazität Österreichs			1402,9	

Der durchschnitliche Anteil an der Energieproduktion beträgt in Österreich in Kopf und Jahr 835 kWh. Wenn man diese Ziffer im Vergleich zu den diesbezüglichen Werten der Schweiz und Schwedens, welche bei 2200 kWh liegen, heute noch relativ bescheiden ist, so läßt dieser Vergleich einen wichtigen Schluß zu. Österreich wird eines der wenigen Länder Europas sein, das bei einem Höchststand der Elektrizitätserzeugung, wie er z. B. in der Schweiz erreicht wurde, trotz des Eigenverbrauchs von 18 Milliarden Kilowattstunden, große Strommengen exportieren könnte. Von den eingangs erwähnten Werken sind besonders die Projekte Lössersee und Ota von allgemeinem Interesse.

Der Lössersee liegt an der Schweizer Grenze und soll im Rahmen eines Gesamtbauplanes der Wasserkraft des Montafener als ein Speicher ausgebaut werden. Dieser Projekt wurde von den Vorhergehenden überlassen, den seit 1925 bestehenden Exportwerken, ausgearbeitet. Auf die Lössersee-Nordwand muß nur eine Sperre mit einer Maximalhöhe von 34 Metern und einer Beton-Kubatur von 60 000 m³ aufgesetzt werden um den natürlichen See-Inhalt von 40 Mill. m³ auf 78 Mill. m³ zu vergrößern.

Das neue Kraftwerk wird vier Maschinensätze zu je 40 000 Kilowatt erhalten. Im ersten Teilbaue wird der Strom im Winterhalbjahr zur Verfügung stellen. Da die Zuflüsse zum Speichersee nicht ausreichend sind, muß mit Pumpspeicherbetrieb gearbeitet werden. In der Verkopfung von 214 Mill. Kilowattstunden von Sommer- auf die Winterhalbjahre besteht die energiewirtschaftliche Bedeutung dieser Anlage. Der Pumpspeicherbetrieb, der vom Niveau Lössersee zum Speicher durchgeführt wird, ist besonders wirtschaftlich, da das Wasser nicht nur bis zum Niveau von Lössersee, sondern bis Rotund — bei einem späteren Ausbau bis zum Spiegel des Bodensees — abgearbeitet wird.

Der Ausbau des Otaales ist eines der größten Vorhaben, die in den Alpen geplant sind. Bei einem Vollbaue wird in neun Kraftwerken eine installierte Gesamtleistung von 1 028 000 Kilowatt zur Verfügung stehen. Die Ota-Unterstufe, die als erste ausgebaut werden soll, wird 6 Aggregate von je 40 000 kW in einem Kavernenkraftwerk in Helmung am Inn aufweisen.

Ausländische Messen 1950

Für das Jahr 1959 sind folgende Messenveranstaltungen des Auslandes vorgesehen:

Österreich: Wiener Frühjahrsmesse	13.2. — 20.2.
Tschechoslowakei: Prager Frühjahrsmesse	13.2. — 20.2.
Dänemark: Dänische Industriemesse, Kopenhagen	17.2. — 26.2.
Niederlande: Niederländische Frühjahrsmesse Utrecht	21.2. — 30.2.
Italien: Mailänder Messe	12.4. — 30.4.
Frankreich: Internationale Messe, Lyon	15.4. — 24.4.
Schweiz: Schweizer Mustermesse, Basel	15.4. — 24.4.
Belgien: Internationale Messe, Brüssel	23.4. — 14.5.
Polen: Internationale Messe, Lüttich	29.4. — 14.5.
England: Britische Industriemesse, London/Birmingham	8.5. — 18.5.
Spanien: Internationale Messe, Valencia	10.5. — 25.5.
Frankreich: Pariser Messe	13.5. — 20.5.
Kanada: Kanadische Messe, Toronto	20.5. — 28.5.
Italien: Internationale Mustermesse, Padua	3.6. — 18.6.
Spanien: Internationale Messe, Barcelona	10.6. — 20.6.
Türkei: Internationale Messe, Istanbul	20.6. — 29.6.
Schweden: St. Erik-Messe, Stockholm	22.6. — 3.7.
Schweiz: Nationale Schweizer Herbstmesse, Lausanne	2.8. — 24.8.

Wie bereits gemeldet, wird die Messe in Mailand, Toronto und Lenz von Deutschland voraussichtlich offiziell besichtigt werden. Für die übrigen Messen

Holland verdoppelt Stahlproduktionskapazität

Belgien und Luxemburg kooperieren

Von unserem Benelux-Korrespondenten

Im Brüssel. Mit Hilfe des Marshallfonds wird Holland seine Stahlproduktion verdoppeln. Die ECA wird 23,5 Mill. Dollar, gleich 1175 Mill. Belg. Fr. und die niederländische Regierung annehmend den gleichen Betrag zur Verfügung stellen. Die Rohstahlerzeugung wird von 300 000 auf 600 000 t, die Produktion von Grobblechen von 100 000 auf 200 000 t, von Feinblechen um ca. 80 000 t und von Walzblech um 75 000 t erhöht. Eine neue Gesellschaft, die N.V. Breunland in Ymuiden, wird gegründet und wird besonders Feinbleche, Bandblech und Walzblech herstellen, welche Erzeugnisse bisher vortwiegend von Belgien und Luxemburg geliefert wurden. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der holländische Staat, welcher bisher kapitalmäßig schon an der holländischen Hüttenindustrie beteiligt war, die stärkste Aktionär der neuen Gesellschaft Breunland sein wird. Da er sich vornehmlich auch an der geplanten Kapitalerhöhung der Königlich-Niederländischen Hüttenindustrie in Ymuiden beteiligen wird, wird der holländische Staat künftig die holländische Stahlproduktion effektiv kontrollieren. Damit wäre dann der erste Schritt zu einer Verstaatlichung der holländischen Eisen- und Stahlindustrie getan, falls die bisherigen Informationen sich bestätigen.

Diese bedeutende Verstärkung der holländischen Stahlproduktion im Rahmen der künftigen Benelux-Organisation beruht insofern die Integration der belgisch-luxemburgischen Eisenindustrie, als diese nach Gründung der Benelux und nach Errichtung der neuen holländischen Stahl- und Walzwerke die Einfuhr gewisser Fertigprodukte nach Holland stark einschränken muß. Da die künftige Entwicklung noch unübersichtlich ist, ist es schwer, den Umfang dieser holländischen Inlandkonkurrenz konnagge- und allgemein festzustellen. Was zur Beurteilung der diesbezüglichen Möglichkeiten beitragen kann, ist die Tatsache, daß die belgisch-luxemburgische Eisenindustrie in den letzten neun Monaten ungefähr 180 000 t hochwertige Fertigfabrikate, meistens Bandblech und Bleche, in Holland absetzen konnte. In Zukunft, d. h. ab 1953 können die Belgier und Luxemburger diese Fabrikate neben anderen nicht allein nicht mehr in den Niederlanden absetzen, sondern sie werden auch die Holländer für eine gewisse Tonnage dieser Produkte auf den Übersee- und Weltmarkt konkurrieren müssen. Die belgisch-luxemburgischen Eisenwerke werden in dicht am Meer liegen und haben daher vorübergehende Vertriebsmöglichkeiten, die ihre tragfähige Lage verstärken.

Die Vertreter der belgischen und luxemburgischen Eisen- und Stahlindustrie haben die holländischen Ausweitungspläne mit ganz gemachten Gefühlen aufgenommen. Wohl haben zwischen den holländischen und belgisch-luxemburgischen Eisenindustriellen die holländischen Vergrößerungsprojekte Besprechungen stattgefunden, die aber zu keinen greifbaren Ergebnissen führten. Die belgisch-luxemburgischen Zollvereinsmitglieder sind Anhänger der Integration zwischen den Benelux-Staaten vorzuziehen. Man war sich, laut „Revue de l'Industrie“ bewußt, daß die jetzige Industriestruktur nicht unveränderlich ist und daß der neue Dreierpakt der Benelux die Entwicklung nicht verhindern könne. Aber man sah eine harmonische Entwicklung voraus sowie vertragliche Bestimmungen zugunsten dieser Entwicklung. Man gab eine gewisse holländische Industrialisierung zu, welche durch die dichte Bevölkerung und die geringe Ausdehnung ihres Territoriums bedingt sei. Man gab indes von der Annahme aus, daß diese verstärkte Industrialisierung in solchen Zweigen der Wirtschaft stattfinden werde, die in den Benelux-Ländern noch nicht ganz entwickelt seien. Man hoffte auch, „Revue de l'Industrie“, daß die Privatinitiative die neuen Industrieerweiterungen gründen würde und daß der Staat nicht die Kapitalverleihung in dem schon stark besetzten Industriezweigen ermöglichen werde. Weder die belgische noch die luxemburgische Regierung hätten den holländischen Industrialisierungsplänen zugestimmt. Auch die beruflichen Organisationen hätten dem nicht beipflichtet. Bei der diesbezüglichen Beratung im Rahmen der OEEC hätten die Belgier und Luxemburger sich nicht an der Diskussion beteiligt, während Großbritannien aus Furcht vor einer

Schweden liberalisiert...

Die schwedische Regierung plant, ab 1. Juli 1959 alle Beschränkungen der Einfuhr aus Marshallplankländern aufzuheben, meldet Reuters. Man schätzt, daß Schweden für 1 Milliarde öKr. mehr Waren aus den Marshallplankländern im Jahre 1959 einführen wird. Einführen aus dem Dollargebiet sollen indessen auf ihrem gegenwärtigen Umfang beschränkt bleiben.

... und will Zölle senken

Mitte Januar etwa wird die schwedische Regierung dem Belgrad des Gesamtzolls auf Ermäßigung der Zölle nach dem Ansey-Vertrag vorgehen, die sich auf jährlich etwa 30 Mill. öKr. belaufen. Da Schweden verhältnismäßig niedrige Zölle hat, ist die Möglichkeit offengehalten, werden, gegebenenfalls zum Wert auf an Stelle des Gewichtszolls, der an und für sich für Schweden normal ist, übernommen. Dadurch kann, falls es sich als notwendig erweisen sollte, ein Teil der Zollrückstände in Ansey wieder rückgängig gemacht werden. Wenn z. B. der Zoll auf Kunstseidenen von 5 öKr. je kg auf 3 öKr. je kg ermäßigt wird, hat Schweden sich gleichzeitig das Recht vorbehalten, einen Zollassatz von 2% des Wertes einzuführen, was mehr als 2 öKr. je kg erbringen würde. Die schwedischen Vorbehalte, die bis auf weiteres aber noch nicht in Kraft gesetzt werden, bedeuten sich auf die meisten Zollrückstände von Ansey.

Die weiterverarbeitende Glasindustrie im Gebiet der deutschen Industriegebiete

Die weiterverarbeitende Glasindustrie im Gebiet der deutschen Industriegebiete leidet zur Zeit stark unter der illegalen Einfuhr von Glaswaren aus der Sowjetischen Republik. Wie aus Kreisen der Glasindustrie mitteilt, werden Spezialglasinstrumente (thermischer Fabrikation) zum Teil allerdings schlechter Ausführung zu Preisen angeboten, die weit unter denen der im Westen angebotenen Glasinstrumente liegen. Die Betriebe in der Bundesrepublik wollen der Konkurrenz durch hohe Qualität ihrer Erzeugnisse begegnen.

England als Handelspartner

Mutterland in den Hauptvertrag ist auf der Exportseite in der Form von Globalziffern für britische Kolonien und Dominions gegeben. Diese Regelung hat für die deutsche Einfuhr ihre erheblichen Nachteile, und die gewählten Globalziffern sind zum Schaden des Exports zweifellos zu niedrig. Ebenso würden die Zahlungsabkommen geographisch werden gemeinsame Bestimmungen zu bannen. Es dürfte nicht unangenehm sein, daran zu erinnern, daß sich am 14. März 1939 die damalige Reichsgruppe Industrie (der ehemalige Reichsverband der deutschen Industrie) und die Federation of British Industries zu einer gemeinsamen Erklärung zusammenschlossen, in der die Grundsätze für die Lenkung des Exports, die Verständigung über die Preise und Maßnahmen zur Steigerung des Weltmarktes vereinbarten. Bei der gleichzeitigen wurden gemeinsame Richtlinien für die Zusammenarbeit in der Textilindustrie im Maschinenbau, in der Feinmechanik und Optik im Fahrzeugbau und in der Edelstahlfabrikation festgelegt und für sechs weitere Industriezweige in Aussicht genommen. Was damals als vorwiegend rationell angesehen wurde, ist es heute doppelt: derartige Erörterungen vor neuem anzustellen, sollten sich die kommenden Regierungen verweigern, anlegen sein lassen. Für die auch eine unvollständige Föhrerschaft zwischen der belgisch-luxemburgischen Eisenindustrie eine merkliche Entlastung bedeuten würde.

Belgische der Verträge

Am deutlichsten tritt die Brichtigkeit der seitlichen Abmachungen mit der Art der Zusammenfassung der in das geltende Abkommen aufgenommenen Warengruppen in Erscheinung, die den Eindruck vermitteln, als ob es zum mindesten für die Ausfuhrseite an fachkundiger Beratung der für Deutschland agierenden Delegationen gefehlt hat oder aber die deutschen Wünsche der Ablehnung vertrieben. Uns liegt besonders der Export leibnenschaftlicher Produkte am Herzen. In der westdeutschen Ausfuhr, für die das Abkommen die Grenzen bestimmt, spielen Fortwarena und unter ihnen vornehmlich die erweichbaren „Enderzeugnisse“ statistischer Prägung eine viel zu bedeutende und Rohstoffe sowie Halbfabrikate eine zu bedeutende Rolle. Diese letzteren umfassen 1948 34,1 v. H. der Ausfuhr aus der Doppelzone nach England. Es ist als ein Zeichen der Zeit mit ihrer vorübergehenden Handelspolitik anzusehen, daß der Export von „non essential“ immer noch als Stiefkind behandelt wird. Was die Einfuhrseite des Abkommens angeht, so läßt sich hier die gleiche Tendenz viel zu wünschen übrig. Sie wird zu einem beträchtlichen Teile von Produkten belgischer Erzeugnisse, wie Kautschuk, Rohöl und Kupfer, Baumwolle und Jute, Tee und Kakao, im Zwischenhandel erfüllt. Die wir lieber unter Einwirkung der Händlergewinne unmittelbar in den Produktionsländern einkaufen würden. Dazu kommt, daß uns überhaupt die mit dem Abkommen für England geschaffene Möglichkeit zur Kontrolle unserer Warenverkehrs mit Teufel seine Empirie widerstreben muß.

Weiter ungenutzte Entwicklung

Allein in allem erscheint die durch den Vertrag von 18. August 1948 eher geförderte als gehemmte ungenutzte Entwicklung um so unheiliger und bedauerlicher, als die Volkswirtschaften Deutschlands und Großbritanniens in ganz anderer Art und Richtung zur gegenseitigen Ergänzung geeignet sind. Die natürliche Erfahrung hat es uns gelehrt und der Waren Austausch zwischen beiden Staaten in normalen Zeiten befruchtigt. Da industriell derselben hochentwickelte Länder die besten Lieferanten und Kunden für einander darstellen. Es wäre nur zu wünschen, daß bei dem in Aussicht genommenen weiteren Ausarbeiten von Vertretern beider Länder die vorher entwickelten Gesichtspunkte mehr Anerkennung finden.

Schließlich beschäftigt uns noch in einer letzten Beziehung das Problem, wie man Hilfsmittel für den Warenverkehr und namentlich unseren Export nach Möglichkeit auszubehalten in der Lage sein könnte. Sie sind in der jüngsten Vergangenheit mit den mitunter Ausdrücken der englischen Regierung vor einer verstärkten deutschen Konkurrenz gegenseitig aufzuführen. Wenn auch im Augenblick die Befriedigung in englischen Exportkreisen über den so hohen Umrechnungskurs für die Deutsche Mark und die mit ihm verbundene Beschränkung des deutschen Wettbewerbs auf den gemeinsamen

Exportmärkten die Furcht vor uns überwiegt, so müssen wir leider zugeben, daß im Gleichschritt mit der von uns zu erzielenden Ausdehnung des deutschen Exports in England das gefährliche und unsichere Treiben gegen die deutsche Industrie weiter aufleben wird. Solche Faktoren sind nach unserer festen Überzeugung überaus wichtig für die beiden Seiten betragenden Industriegruppen und durch eine von Vertraggruppen Verteidigung unter ihnen ermöglicht zu bannen. Es dürfte nicht unangenehm sein, daran zu erinnern, daß sich am 14. März 1939 die damalige Reichsgruppe Industrie (der ehemalige Reichsverband der deutschen Industrie) und die Federation of British Industries zu einer gemeinsamen Erklärung zusammenschlossen, in der die Grundsätze für die Lenkung des Exports, die Verständigung über die Preise und Maßnahmen zur Steigerung des Weltmarktes vereinbarten. Bei der gleichzeitigen wurden gemeinsame Richtlinien für die Zusammenarbeit in der Textilindustrie im Maschinenbau, in der Feinmechanik und Optik im Fahrzeugbau und in der Edelstahlfabrikation festgelegt und für sechs weitere Industriezweige in Aussicht genommen. Was damals als vorwiegend rationell angesehen wurde, ist es heute doppelt: derartige Erörterungen vor neuem anzustellen, sollten sich die kommenden Regierungen verweigern, anlegen sein lassen. Für die auch eine unvollständige Föhrerschaft zwischen der belgisch-luxemburgischen Eisenindustrie eine merkliche Entlastung bedeuten würde.

Kanalprojekt: Antwerpen-Dordrecht-Rhein

Eine belgische Stimme: „Eine Verbindung mit dem Rhein um jeden Preis“

Von unserem Korrespondenten in den Benelux-Staaten

Antwerpen. Die Transportfrage steht in Belgien augenblicklich im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses und es geht, was die Rinnenschiffahrt angeht, zu den schwersten zu lösenden Problemen.

Wenn auch sämtliche Wasserstraßen im Lande wieder hergestellt sind, so stellt das Wirtschaftslieben und die jetzigen Verhältnisse an den Verkehr Ansprüche, die nur nach eingehendem Studium der Sachlage und des vorhandenen Materials erfolgreich gelöst werden können. Vergleich mit den Vorkriegsjahren haben nur zu dem Wert als dem früher sehr erheblichen Transporthilfe Rechnung getragen wird, während das Fehlen einer unmittelbaren Wasserstraßenverbindung mit Deutschland ist mehr noch als früher bemerkt bemerkbar macht. „Eine Verbindung mit dem Rhein um jeden Preis“ sagte kürzlich während seiner Ansprache in der Generalversammlung der „Federation Maritime d'Anvers“, der Präsident Petersen.

Der Albert-Kanal

Der Albert-Kanal, der 1939/40 fertiggestellt wurde, hat eine Länge von 127 Kilometern. Er ist ein großartiges Bauwerk, das, um die Durchschnittdurchschnittsgeschwindigkeit zu erhöhen und Schwächen zu sparen, manchmal bis zu 80 Meter tief in den weichen Sandsteinen eingegraben wurde. Der Bau, der in Jahre beanspruchte, kostete mehr als 2,5 Milliarden belgische Franken. 3000 Tonnenn-Schiffe befahren den Kanal. Die Maas-Schelde-Verbindung, so wie sie durch den Albert-Kanal erreicht wurde, bietet eine ausgereicherte und unmittelbare Schiffsverbindung des Meeres mit dem Antwerpener Hafen, aber auch nicht mit dem Rhein.

Während der dreitägigen Benelux-Konferenz in Luxemburg im Oktober 4. J. wurde beschlossen, zum Studium der Hafen- und Wasserstraßenfragen einen Sonderausschuß einzusetzen. Dieser Ausschuß ist jetzt gebildet worden, die belgische Delegation hat an ihrer Spitze den Präsidenten der Abgeordnetenkammer, Fr. van Cauwelaert, während die holländische Partei durch den früheren Minister Sieberghe vertreten ist. Dieser Ausschuß hat bereits seine Arbeiten aufgenommen und die Probleme festgelegt die zu lösen sind, nämlich a) eine Kanalverbindung Antwerpen-Dordrecht, b) die Schließung von Ternouen und c) der sogenannte „Tropfen“ von Lanays.

Verschiedene Pläne

Es bestehen für die Verbindung mit dem Rhein verschiedene Pläne. Sie haben vor einiger Zeit belgische Interessentenkreise an den belgischen Minister für öffentliche Arbeiten eine Dankschreiben geschickt, die den Bau einer

England als Handelspartner

Mutterland in den Hauptvertrag ist auf der Exportseite in der Form von Globalziffern für britische Kolonien und Dominions gegeben. Diese Regelung hat für die deutsche Einfuhr ihre erheblichen Nachteile, und die gewählten Globalziffern sind zum Schaden des Exports zweifellos zu niedrig. Ebenso würden die Zahlungsabkommen geographisch werden gemeinsame Bestimmungen zu bannen. Es dürfte nicht unangenehm sein, daran zu erinnern, daß sich am 14. März 1939 die damalige Reichsgruppe Industrie (der ehemalige Reichsverband der deutschen Industrie) und die Federation of British Industries zu einer gemeinsamen Erklärung zusammenschlossen, in der die Grundsätze für die Lenkung des Exports, die Verständigung über die Preise und Maßnahmen zur Steigerung des Weltmarktes vereinbarten. Bei der gleichzeitigen wurden gemeinsame Richtlinien für die Zusammenarbeit in der Textilindustrie im Maschinenbau, in der Feinmechanik und Optik im Fahrzeugbau und in der Edelstahlfabrikation festgelegt und für sechs weitere Industriezweige in Aussicht genommen. Was damals als vorwiegend rationell angesehen wurde, ist es heute doppelt: derartige Erörterungen vor neuem anzustellen, sollten sich die kommenden Regierungen verweigern, anlegen sein lassen. Für die auch eine unvollständige Föhrerschaft zwischen der belgisch-luxemburgischen Eisenindustrie eine merkliche Entlastung bedeuten würde.

Belgische der Verträge

Am deutlichsten tritt die Brichtigkeit der seitlichen Abmachungen mit der Art der Zusammenfassung der in das geltende Abkommen aufgenommenen Warengruppen in Erscheinung, die den Eindruck vermitteln, als ob es zum mindesten für die Ausfuhrseite an fachkundiger Beratung der für Deutschland agierenden Delegationen gefehlt hat oder aber die deutschen Wünsche der Ablehnung vertrieben. Uns liegt besonders der Export leibnenschaftlicher Produkte am Herzen. In der westdeutschen Ausfuhr, für die das Abkommen die Grenzen bestimmt, spielen Fortwarena und unter ihnen vornehmlich die erweichbaren „Enderzeugnisse“ statistischer Prägung eine viel zu bedeutende und Rohstoffe sowie Halbfabrikate eine zu bedeutende Rolle. Diese letzteren umfassen 1948 34,1 v. H. der Ausfuhr aus der Doppelzone nach England. Es ist als ein Zeichen der Zeit mit ihrer vorübergehenden Handelspolitik anzusehen, daß der Export von „non essential“ immer noch als Stiefkind behandelt wird. Was die Einfuhrseite des Abkommens angeht, so läßt sich hier die gleiche Tendenz viel zu wünschen übrig. Sie wird zu einem beträchtlichen Teile von Produkten belgischer Erzeugnisse, wie Kautschuk, Rohöl und Kupfer, Baumwolle und Jute, Tee und Kakao, im Zwischenhandel erfüllt. Die wir lieber unter Einwirkung der Händlergewinne unmittelbar in den Produktionsländern einkaufen würden. Dazu kommt, daß uns überhaupt die mit dem Abkommen für England geschaffene Möglichkeit zur Kontrolle unserer Warenverkehrs mit Teufel seine Empirie widerstreben muß.

Weiter ungenutzte Entwicklung

Allein in allem erscheint die durch den Vertrag von 18. August 1948 eher geförderte als gehemmte ungenutzte Entwicklung um so unheiliger und bedauerlicher, als die Volkswirtschaften Deutschlands und Großbritanniens in ganz anderer Art und Richtung zur gegenseitigen Ergänzung geeignet sind. Die natürliche Erfahrung hat es uns gelehrt und der Waren Austausch zwischen beiden Staaten in normalen Zeiten befruchtigt. Da industriell derselben hochentwickelte Länder die besten Lieferanten und Kunden für einander darstellen. Es wäre nur zu wünschen, daß bei dem in Aussicht genommenen weiteren Ausarbeiten von Vertretern beider Länder die vorher entwickelten Gesichtspunkte mehr Anerkennung finden.

Schließlich beschäftigt uns noch in einer letzten Beziehung das Problem, wie man Hilfsmittel für den Warenverkehr und namentlich unseren Export nach Möglichkeit auszubehalten in der Lage sein könnte. Sie sind in der jüngsten Vergangenheit mit den mitunter Ausdrücken der englischen Regierung vor einer verstärkten deutschen Konkurrenz gegenseitig aufzuführen. Wenn auch im Augenblick die Befriedigung in englischen Exportkreisen über den so hohen Umrechnungskurs für die Deutsche Mark und die mit ihm verbundene Beschränkung des deutschen Wettbewerbs auf den gemeinsamen

England lockert Devisenbestimmungen

Größtenteils gab, wie Constel meldet, am 30. Dezember gewisse Lockerungen seiner Devisenwirtschaftsordnung bekannt, die ab 1. Januar in Kraft treten. Um ausländische Kapitalinvestitionen in Großbritannien zu fördern, wird es künftig möglich sein, investiertes Kapital in jedem beliebigen Zeitpunkt wieder auszuführen. Mit dieser Maßnahme soll in erster Linie das amerikanische Kapital ermutigt werden. In Großbritannien Anlage zu suchen. Sie gilt nur für Privatinvestitionen und nicht für Kapital, die zum Ankauf von Wertpapieren der Londoner Börse Verwendung finden sollen. Weitere Lockerungen bestehen sich nur auf die in der OEEC vertretenen Länder einschließlich Westdeutschlands, aber ausschließlich Belgien und der Schweiz und sollen den britischen Beitrag zum Liberalisierungsprogramm darstellen. Auswanderer aus Großbritannien nach den genannten OEEC-Ländern einschließlich fremder Staatsangehöriger können bis zu 5000 Pfund Sterling innerhalb eines Zeitraumes von 4 Jahren zurückzuführen. Anders Krisenleistungen sind für den Transfer von Löhnen ausländischer Arbeitskräfte in Großbritannien vorgesehen. Dagegen hat die britische Schatzkanzlei eine Lockerung der Bestimmungen für den Transfer von Geldern nicht genehmigt. Wie bereits früher gemeldet, haben britische Schiffseigentümer fernab das Recht erhalten, im Rahmen der Devisenkontrollen auch größere Reserven in Ländern mit weicher Währung auszuführen. Deutsche Werften gelten in diesem Rahmen nicht als begünstigt.

Cripps und Tito

Das Handelsabkommen zwischen England und Jugoslawien — Vertrag auf fünf Jahre — Allmähliche Steigerung des Umsatzes — England an der wirtschaftlichen Erholung Jugoslawiens interessiert

Jugoslawien befindet sich in einer Wirtschaftskrise, die seinen Lebensstandard unter das Niveau der anderen Balkenländer drückt. Kein Wunder, daß es besetzt ist. Diese Krise herr zu werden. Dies kann es aber nur, wenn es sich eine besonders gelagerte Position am linken Flügel der sowjetischen Einflußsphäre nutzbar macht und günstige Handels- und Warenaustauschabkommen mit den Westmächten abschließt. Ein solches Abkommen hat Jugoslawien nun in diesen Tagen mit England getroffen, und man geht nicht fehl, wenn man behauptet, daß es nicht nur rein kommerzielle Erwägungen von Seiten Englands sind, die zu diesem langjährigen Vertrag mit Jugoslawien führten. Die Verhandlungen zeigen sich allerdings mehr als 10 Monate hin, wobei die englischen Unterhändler nicht die letzten waren, die die Verhandlungen herbeiführten, um die Auswirkungen des Konfliktkomplexes gegen Tito zu beobachten, und ein evtl. zu starkes Risiko zu vermeiden. Unwahrhaftig gilt aber der Abschluß des neuen Handelsvertrages als ein Vertrauensbeweis, der geeignet ist, Tito Stellung weiter zu festigen.

Der neue in Belgrad abgeschlossene Vertrag sieht in den nächsten fünf Jahren ein jährliches Quote für die Erbschaft des verstaatlichten britischen Eigentums in Jugoslawien herbeizuschlagen; namentlich müssen sich die britischen Gläubiger auch noch damit abfinden, daß sie die Entschädigungssumme im Laufe der nächsten acht Jahre erhalten, ein weiteres Zeichen, daß England an einer wirtschaftlichen Erholung Jugoslawiens interessiert ist.

Zweifellos wird der nun abgeschlossene Vertrag in den Konfliktfeldern eine neue Kampagne gegen Belgrad auslösen, obwohl man in Moskau die Meinung vertritt, daß gute Wirtschaftsbeziehungen meist den Weg zu guten politischen Beziehungen ebnen und daß kommunistische und kapitalistische Länder friedlich nebeneinander leben können. H. A.

